

# Bericht der Bundesgeschäftsstelle



Anlage zum Bericht des Generalsekretärs

**CDU**

9. Parteitag Leipzig 1997

# **Bericht der Bundesgeschäftsstelle**

**Anlage zum Bericht  
des Generalsekretärs**

---

**9. Parteitag der CDU Deutschlands  
12. – 15. Oktober 1997, Leipzig**

---



## Inhalt

	Seite
<b>Vorwort</b> .....	5
<b>1. Reformen für Deutschland</b> .....	7
1.1. Politischer Gesamtrahmen .....	7
1.2. Rentenreform .....	7
1.3. Steuerreform .....	8
1.4. Gesundheitsreform .....	9
1.5. Bundesweiter Aktionstag .....	10
<b>2. Parteigremien</b> .....	11
2.1. Präsidium .....	11
2.2. Bundesvorstand .....	13
2.3. Landesgeschäftsführerkonferenz .....	16
2.4. Bundesfinanzkommission .....	17
2.5. Bundesparteigericht .....	17
2.6. Bundesfachausschüsse .....	18
<b>3. Unterstützung von Wahlkämpfen</b> .....	37
<b>4. Kongresse/Aktionen</b> .....	38
4.1. Zukunftsforum Großstadt .....	38
4.2. Zukunftsforum Innere Sicherheit .....	39
4.3. 1. Filmforum .....	40
4.4. EURO-Aktion „Die Währung für eine sichere Zukunft“ .....	41
4.5. Aktion „Klimaschutz – Mach mit“ .....	41
4.6. 50 Jahre Ahlener Programm .....	42
4.7. Fachtagung „Zukunft des Kurwesens“ .....	42
4.8. Frankfurter Sportgespräch .....	43
4.9. Mitgliederwerbung .....	44
4.10. Informations- und Werbematerialien .....	45
<b>5. Bundesgeschäftsstelle Berlin</b> .....	47

	Seite
<b>6. Pressearbeit, ständige Publikationen, elektronische Medien</b> .....	49
6.1 Pressearbeit .....	49
6.2 „Union in Deutschland“ (UiD) .....	49
6.3 Union Magazin .....	50
6.4 KomSys .....	50
6.5 Internet .....	51
6.6 Zentrale Mitglieder-Datei .....	51
<b>7. Sonstige Dienstleistungen</b> .....	53
7.1 Schulungen .....	53
7.2 Referentenvermittlung .....	53
7.3 Besucherdienst .....	53
<b>8. Mitgliederentwicklung</b> .....	54
<b>9. Politischer Arbeitskalender</b> .....	57

## Vorwort

Nach dem Bundesausschuß in Weimar, dem Dresdner Parteitag und dem Grundwertekongreß in Halle ist der Leipziger Parteitag das vierte Großereignis dieser Art, das die CDU Deutschlands in den neuen Ländern durchführt. Wer als Delegierter oder als Gast bereits in Weimar oder Dresden dabei war, wird in Leipzig selbst beobachten können, welche enormen Fortschritte in vielerlei Hinsicht seitdem erzielt worden sind. Unsere Tagungsmöglichkeiten in der Stadt an der Pleiße stehen denen in Hamburg, Köln oder Wiesbaden in nichts nach – im Gegenteil. „Die Einheit wird Deutschland moderner machen.“ Dieser Satz des Dresdner Manifestes erweist sich mehr und mehr als richtig.

Im Berichtszeitraum seit Ende Oktober 1996 hat die CDU eine schwierige, teilweise kontroverse, aber immer sehr niveauvolle Diskussion über die Zukunft unserer Alterssicherungssysteme geführt. Diese Diskussion war notwendig und sie hat allen Beteiligten viel abgefordert; aber mit der abschließenden Entscheidung des Bundesausschusses am 19. März 1997 haben wir erneut bewiesen, daß die CDU nicht nur spannende Debatten führen kann, sondern auch zu vernünftigen Ergebnissen kommt.

Die öffentlichkeitswirksame Begleitung der Reformvorhaben der Bundesregierung bildete einen wesentlichen Schwerpunkt unserer Arbeit im zurückliegenden Jahr. Zu den Projekten Steuerreform, Rentenreform und Gesundheitsreform wurden zahlreiche Argumentationsmaterialien entwickelt und den Gliederungen zur Verfügung gestellt. Der bundesweite Aktionstag am 26. April 1997 machte überzeugend deutlich, daß unsere politischen Projekte in weiten Kreisen der Bevölkerung verstanden und unterstützt werden; die unverantwortliche Blockadestrategie der SPD wird sich gegen ihre eigenen Betreiber wenden.

Die Bundesgeschäftsstelle hat in diesem Jahr besondere Anstrengungen unternommen, die Öffentlichkeit informativ und argumentativ auf die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung vorzubereiten. Neben den traditionellen Werbemitteln wurden zahlreiche neue Elemente entwickelt und in den Veranstaltungen der Parteigliederungen eingesetzt. Ob multimediale Redner-Unterstützung oder umfassendes Online-Angebot im Internet: Keine politische Partei in Europa und erst recht nicht in Deutschland hat sich in Vorbereitung auf den EURO so stark engagiert wie die CDU. Die in jedem Landesverband durchgeführten Musterveranstaltungen sind in der Partei gut aufgenommen worden; alleine im laufenden Kalenderjahr werden im CDU-Bereich rund 600 Veranstaltungen zum EURO durchgeführt.

Zur Jahresmitte konnte der Bundesvorstand seine Entscheidung über Standort, Architektur, Generalunternehmenschaft und Finanzierung der Bundesgeschäftsstelle Berlin treffen. Im Jahr 2000 wird die Bundespartei mit allen Arbeitseinheiten in Berlin präsent sein. Die Entscheidung des Bundesvorstandes, die für die künftige Arbeit der Bundespartei und ihrer Vereinigungen von weitreichender Bedeutung ist, wurde äußerst sorgfältig vorbereitet. Unter den Parteizentralen in Berlins „neuer Mitte“ wird das Haus der CDU durch seinen Standort, seine Architektur und seine ökologische Bauweise nicht nur ein städtebauliches Juwel sein, sondern

sinnfällig verdeutlichen, daß die CDU auch im 21. Jahrhundert die führende politische Kraft in Deutschland bleibt.

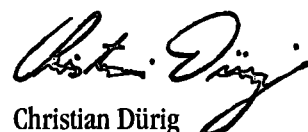
Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, den vielen ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf allen Ebenen der CDU ein herzliches Wort des Dankes zu sagen. Ohne ihr Engagement, ihr Geschick und ihre Treue wäre erfolgreiche politische Arbeit nicht denkbar.

Der Leipziger Parteitag findet weniger als ein Jahr vor der entscheidenden Bundestagswahl 1998 statt. Auf dem Weg dorthin sind die Landtagswahlen in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern wichtige Gelegenheiten, den politischen Führungsanspruch der Union mit guten Ergebnissen zu untermauern. Das gilt auch für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, die zeitgleich mit der Bundestagswahl durchgeführt wird.

Wir treten an mit dem klaren Anspruch, Deutschland ins 21. Jahrhundert zu führen. Wir werden die Sachthemen des Wahlkampfes bestimmen und unsere zukunftsorientierten Projekte zu seinen beherrschenden Themen machen. Wir sind gerüstet, einen inhaltlich, organisatorisch und werblich effizienten Wahlkampf zu führen. Vor allem aber: mit unserem Bundeskanzler Helmut Kohl haben wir das entscheidende Wahlargument. Seine Erfahrung, seine Durchsetzungskraft und sein internationales Ansehen sind unverzichtbar für unser Land. Mit unserem Parteivorsitzenden und unserer überzeugenden Mannschaft verfügen wir über das wesentlich attraktivere personelle Angebot an die Wählerinnen und Wähler. Wir haben gute Chancen, wenn wir geschlossen und engagiert in diese Auseinandersetzung gehen. Wir stehen in Verantwortung für Deutschland.



Peter Hintze  
Generalsekretär



Christian Dürig  
Bundesgeschäftsführer

# **1. Reformen für Deutschland**

## **1.1 Politischer Gesamtrahmen**

Die tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zum Ausgang des 20. Jahrhunderts machen weitreichende Maßnahmen erforderlich, unser Land auf die Anforderungen des nächsten Jahrhunderts vorzubereiten. Diesem Ziel dienen unsere Reformen für Deutschlands Zukunft im Steuersystem, im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, in der Arbeitsmarktpolitik und bei der Rente.

Die Bundespartei hat die Reformprojekte der Bundesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen mit je einer Expertenkommission zur Steuertarifreform und zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung begleitet. Das Konzept der CDU zur Alterssicherung wurde auf einem kleinen Parteitag abschließend beraten und mit großer Mehrheit beschlossen. Mit diesem Konzept tragen wir den weitreichenden Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung ebenso Rechnung wie der Notwendigkeit, die Lohnzusatzkosten nicht weiter ansteigen zu lassen. Wir sichern mit der Rentenreform einen fairen Lastenausgleich zwischen den Generationen, der für die kommenden Jahrzehnte Rentensicherheit im Alter gewährleistet und zugleich den Anstieg der Beitragslast für die Jungen dämpft.

Eine wesentliche Aufgabe der CDU in allen ihren Gliederungen bestand in der intensiven politischen Kommunikation der Reformprojekte. Die Bundesgeschäftsstelle hat zur Steuer-, Renten- und Gesundheitspolitik umfangreiche Argumentationsmaterialien erarbeitet. Mit einem bundesweiten Aktionstag wurde eine breit angelegte Informationskampagne eingeleitet. In der tagesaktuellen Öffentlichkeitsarbeit wurde insbesondere auf die destruktive Blockadestrategie der SPD hingewiesen.

Mit den in Angriff genommenen Reformkonzepten ist der Reformbedarf in Deutschland keineswegs aufgearbeitet, zumal die Steuerreform erst in der nächsten Legislaturperiode wieder aufgenommen werden kann. Die fortdauernden Veränderungen und ihre zunehmende Geschwindigkeit machen auch in Zukunft eine reformorientierte Politik unverzichtbar. Mit dem Antrag des Bundesvorstandes „Verantwortung für Deutschland“ an den Leipziger Parteitag werden wesentliche Projekte künftiger Politik benannt.

## **1.2 Weiterentwicklung der Rentenversicherung**

Das Präsidium hatte am 10. Juni 1996 die Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ eingesetzt. Der Kommission unter dem Vorsitz von Bundesminister Dr. Norbert Blüm MdB gehörten an:

Hermann-Josef Arentz MdL, Dr. Christoph Bergner MdL, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf MdL, Dr. Maria Böhmer MdB, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer MdL, Christoph Böhr MdL, Rainer Eppelmann MdB, Klaus Escher, Anke Eymer MdB, Prof. Gerhard Fels, Ulf Fink MdB, Dr. Heiner Geißler MdB, Dr. Hans Geisler MdL, Dr. Regina Görner, Dr. Karl Hauck, Beate Hübner MdB, Volker



Kauder MdB, Dr. Paul Krüger MdB, Prof. Dr. Ursula Lehr, Walter Link MdB, Mechthild Löhr, Julius Louven MdB, Hildegard Müller, Dr. Karl-Heinz Neukamm, Claudia Nolte MdB, Prof. Hartwig Piepenbrock, Walter Quartier, Hannelore Rönsch MdB, Hartmut Schauerte MdB, Birgit Schnieber-Jastram MdB, Andreas Storm MdB, Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB, Wolfgang Vogt MdB, Gerald Weis MdL, Dr. Bernhard Worms.

Die Kommission hatte die Aufgabe, Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung sowie zur Fortentwicklung des Systems der sozialen Sicherung in Deutschland zu analysieren und eine Entscheidungsgrundlage für eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung zu erarbeiten. Außerdem sollte sie die Arbeit der Regierungskommission „Fortentwicklung der Rentenversicherung“ begleiten.

An den insgesamt zwölf Sitzungen der Kommission nahmen mehrfach externe Experten teil, die zu ausgewählten Fragen der sozialen Sicherung referierten. Die Kommission hat ihre Arbeit am 3. Februar 1997 abgeschlossen und Vorschläge für eine Reform der Rentenversicherung vorgelegt.

Auf der Basis dieser Vorschläge hat der Bundesvorstand der CDU Deutschlands einen Antrag erarbeitet, der dem Bundesausschuß am 19. März 1997 vorgelegt wurde. Auf dieser Grundlage faßte der Bundesausschuß seinen Beschluß zur Rentenreform '99. Nach Abstimmung mit den Koalitionspartnern wurde daraus der vorliegende und bereits in den Deutschen Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1999) entwickelt.

### **1.3 Große Steuerreform**

Mit der geplanten großen Steuerreform setzen Koalition und Bundesregierung ihre Reformpolitik zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit fort. Die große Steuerreform trägt die Handschrift der Union. Der Beschluß des 8. Parteitages der CDU Deutschlands am 22. Oktober 1996 in Hannover hat weitgehend Eingang in die Petersberger Steuervorschläge von Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel gefunden, die am 22. Januar 1997 vorgelegt wurden.

Die große Steuerreform baut auf dem Grundgedanken auf, daß attraktive steuerliche Rahmenbedingungen unverzichtbar sind, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken und mehr Wachstum und Beschäftigung zu ermöglichen. Unsere steuerpolitischen Reformziele lauten daher: niedriger – einfacher – gerechter. Dadurch wollen wir insbesondere die Leistungsbereitschaft der Bürger und auch der Unternehmen stärken. Wir wollen die im internationalen Vergleich zu hohen Steuersätze bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer deutlich senken und zugleich die Bemessungsgrundlage durch den Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmen verbreitern. Zugleich sollen die Bürger netto entlastet werden, was nicht zuletzt die Kaufkraft stärken und die Wirtschaft ankurbeln soll.

Eine deutliche Senkung der Steuersätze ist jedoch ohne einen weitgehenden Abbau steuerlicher Vergünstigungen und Ausnahmen nicht zu haben. Alle müssen bereit sein, auf die eine oder andere Vergünstigung und Ausnahme zu verzichten, wenn es gelingen soll, die Steuersätze für alle zu senken, das Steuerrecht zu vereinfachen und mehr steuerliche Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Um dieses in sich geschlossene Konzept möglichst vielen Menschen im Lande unmittelbar vorstellen und erläutern zu können, hat die Bundesgeschäftsstelle für den deutschlandweiten Aktionstag am 26. April 1997 entsprechende Massenverteilungsmittel, Flugblätter und Broschüren erstellt. Dr. Norbert Lammert MdB, Friedrich Merz MdB, Hans-Peter Replik MdB und Gunnar Uldall MdB hatten bereits im Februar 1997 im Diskussionsforum der CDU zahlreiche Fragen der Internet-Nutzer beantwortet.

Der Deutsche Bundestag hat die Gesetzentwürfe zur großen Steuerreform am 26. Juni 1997 beschlossen. Die SPD hat jedoch im Bundesrat und ebenso im Vermittlungsausschuß ihre Zustimmung verweigert. Koalition und Bundesregierung halten ungeachtet dessen an den zentralen Zielen der großen Steuerreform fest.

#### **1.4 Gesundheitsreform**

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP und die Bundesregierung haben im Oktober 1996 das „1. und 2. Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (NOG)“ in die parlamentarischen Beratungen eingebracht, nachdem zuvor die vom Deutschen Bundestag beschlossenen zustimmungsbedürftigen Gesetze (GKV-Weiterentwicklungsgesetz und Krankenhaus-Neuordnungsgesetz 1997) am Widerstand der SPD im Bundesrat gescheitert waren. Ziel des 1. und 2. NOG ist es, die Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit der sozialen Krankenversicherung auf eine solide Grundlage zu stellen.

In der öffentlichen Diskussion mit den Beteiligten im Gesundheitswesen und in den parlamentarischen Beratungen hat sich gezeigt, daß in einer Reihe zentraler Punkte des 2. NOG Änderungsbedarf bestand. Entsprechende Vorschläge wurden in der am 20. März 1997 vom Deutschen Bundestag in 2. und 3. Lesung beschlossenen Gesetzesfassung berücksichtigt. Am 12. Juni 1997 hat der Deutsche Bundestag das erste und zweite Neuordnungsgesetz gegen den Einspruch des Bundesrates mit „Kanzlermehrheit“ beschlossen. Beide Gesetze sind zum 1. Juli 1997 in Kraft getreten.

Die Bundesgeschäftsstelle hat die Diskussion um das Gesetz mit detaillierten Informationen und Argumentationshilfen begleitet:

- UiD-Dokumentation 23/1997: „Fragen und Antworten zur Gesundheitsreform“
- UiD-Dokumentation 13/1997: „Gesundheitswesen: Leistungsstark und bezahlbar“

- Faltblatt: „Informationen zur Gesundheitsreform“
- Rundschreiben an die Vorsitzenden der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände im Dezember 1996 und im April 1997, jeweils mit umfangreichem Informationsmaterial.

### **1.5 Bundesweiter Aktionstag**

Am 26. April hat die CDU Deutschlands einen bundesweiten Aktionstag zur Steuerreform und zur Rentenreform veranstaltet. Generalsekretär Peter Hintze hatte alle Partei-Verbände dazu aufgerufen, an Informationsständen das persönliche Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen. Die Bundesgeschäftsstelle hatte für diesen Aktionstag umfangreiche Informations- und Argumentationsmaterialien vorbereitet.

Die Parteigliederungen haben den Aktionstag zu vielfältigen Aktivitäten genutzt. Zahlreiche Informationsstände und Zielgruppenveranstaltungen in allen Landesverbänden haben auch bei dieser Gelegenheit die Dialogfähigkeit der CDU dokumentiert. Das Echo auf die CDU-Aktionen war durchweg positiv.

Insgesamt wurden 400.000 Faltblätter, 50.000 Broschüren und 40.000 Wandzeitungen an diesem Tag eingesetzt.

## **2. Parteigremien**

### **2.1 Präsidium**

Das Präsidium kam seit dem 8. Parteitag zu 18 Sitzungen zusammen. Neben dem Bericht zur aktuellen Lage durch den Vorsitzenden waren folgende Themen Schwerpunkte der jeweiligen Sitzung:

- Weiteres Vorgehen bei der Reformpolitik (4. 11. 1996)
- Bundeshaushalt 1997; Zukunft der Kohle (7. 11. 1996)
- Vorbereitung der Klausurtagung des Bundesvorstandes (10. 1. 1997)
- Große Steuerreform (20. 1. 1997)
- Rentenreform (30. 1. 1997)
- Weitere Vorgehensweise in der Reformpolitik; Förderung Neue Länder (24. 2. 1997)
- Hessische Kommunalwahl am 2. März '97 (7. 3. 1997)
- Vorbereitung Bundesausschuß zur Rente (19. 3. 1997)
- Große Steuerreform; Ausländerpolitik (7. 4. 1997)
- Große Steuerreform; Haushalt der CDU '97 (21. 4. 1997)
- Perspektiven für Wirtschaft und Beschäftigung; Staatsbürgerrecht (12. 5. 1997)
- Aktuelle Steuer- und Finanzpolitik; Bundeshaushalt (26. 5. 1997)
- Zeitplan der Steuer- und der Rentenreform (9. 6. 1997)
- Neubau Bundesgeschäftsstelle Berlin; Ablauf 9. Parteitag (30. 6. 1997)
- Reformblockade der Opposition; Lehrstellensituation (27. 8. 1997)
- Bürgerschaftswahl in Hamburg am 21. September '97 (22. 9. 1997)
- Stand der Reformpolitik (6. 10. 1997)
- Vorbereitung des 9. Parteitags (12. 10. 1997)

Außerdem hat sich das Präsidium mit folgenden Themen befaßt:

#### *Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik*

- Lage am Arbeitsmarkt
- Lehrstellensituation
- Steuerreform und „Petersberger Steuerbeschlüsse“
- Verschuldung und Maastricht-Kriterien
- Lage im Mittelstand
- Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern
- Gewerbesteuerreform

- Aktuelle Steuerschätzung
- Bundeshaushalt '97
- Privatisierungen
- Tarifpolitik
- Mindestlöhne im Baugewerbe
- Goldreserven der Bundesbank
- Lage der Landwirtschaft

#### *Sozial- und Familienpolitik*

- Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung
- Reform des Arbeitsförderungsgesetzes
- Zuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit
- Strukturreform im Gesundheitswesen
- Kuren
- Versicherungsfremde Leistungen in den Sozialversicherungen
- Umfinanzierung der Sozialversicherungsbeiträge
- Einführung einer Familienkasse
- Entwicklung der Sozialhilfe
- Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage

#### *Innen- und Rechtspolitik*

- Kriminalitätsentwicklung
- Elektronische Beweissicherung in Gangsterwohnungen
- Staatsbürgerrecht
- Ausländerintegration
- Asylpolitik und -mißbrauchsbekämpfung
- Flüchtlingspolitik
- Kinderstaatszugehörigkeit
- Organspende
- Entbürokratisierung
- Entschädigung für Verfolgte des Naziregimes
- Hilfen für die Oder-Region

### *Außen-, Sicherheits- und Europapolitik*

- Europäische Währungsunion
- Erweiterung der Europäischen Union
- Lage im ehemaligen Jugoslawien
- Lage in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion
- Beibehaltung der Wehrpflicht
- Einsatz der Bundeswehr
- Politische Entwicklung in anderen Ländern, insbesondere in Großbritannien und Frankreich

### *Partei- und Strategiefragen*

- Strategische Planung bis zur Bundestagswahl 1998
- Vorbereitung Bundesausschuß am 19. März 1997 zur Rentenreform
- Vorbereitung 9. Parteitag vom 12. – 15. 10. 1997 in Leipzig
- Kommission zur Vorbereitung des 9. Parteitags
- Situation des Landesverbandes Brandenburg
- Europäische Parteienfinanzierung
- Verhältnis zur FDP
- Verhältnis zur CSU
- Politische Lage in Sachsen-Anhalt
- Entwicklung im links- und rechtsradikalen Spektrum (PDS, Republikaner etc.)
- Bedeutung der Grundwerte für Politik und Gesellschaft
- Reformblockade der SPD
- Lage im DGB und in den Einzelgewerkschaften
- Ehrung von Bundeskanzler Ludwig Erhard anlässlich seines 100. Geburtstages

## **2.2 Bundesvorstand**

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu dreizehn Sitzungen zusammen. Neben der aktuellen politischen Lage wurden dabei u. a. folgende Themen behandelt:

### *Parteiarbeit*

- Jahresplanung 1997
- Mitgliederentwicklung
- Partei-Kommission „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“

- Vorbereitung des Bundesausschusses am 19. März 1997
- Beratung und Beschlußfassung über einen Antrag des Bundesvorstandes an den Bundesausschuß
- Verhältnis der CDU zur jungen Generation
- Aktuelle Entwicklungen in der Parteienlandschaft
- Zur Strategie gegenüber der PDS
- Eintritt früherer DDR-Bürgerrechtler in die CDU
- Vorbereitung des 9. Parteitages
- Beratung und Beschlußfassung über den Leitantrag des Bundesvorstandes an den 9. Parteitag
- Beratung und Beschlußfassung über den Haushalt der Bundesgeschäftsstelle für das Rechnungsjahr 1997
- Beratung und Beschlußfassung über den parteiinternen Finanzausgleich
- Beratung und Beschlußfassung über die neue CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin
- Neuberufung der Mitglieder des Hausvereins der CDU
- Ergebnis und Analyse der Bürgerschaftswahl in Hamburg

#### *Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik*

- Konjunkturelle Entwicklung in Deutschland
- Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt
- Jahressteuergesetz 1997
- Reform des Arbeitsförderungsgesetzes
- Bundeshaushalt 1997
- Zukunft der Steinkohleförderung
- Gewerbesteuer
- Vermögensteuer
- Solidaritätszuschlag
- Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten in Privathaushalten
- Steuerreform
- Empfehlungen der Steuerreformkommission der Bundesregierung/„Petersberger Steuervorschläge“
- Steuerpolitische Vorstellungen der SPD
- Entwicklung der Gespräche mit der SPD zur Steuerreform
- Rentenreform
- Vorschläge der Regierungskommission „Fortentwicklung der Rentenversicherung“ und der Parteikommission „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“

- Rentenpolitische Vorstellungen der SPD
- Entwicklung der Gespräche mit der SPD zur Rentenreform
- Reform im Gesundheitswesen
- Krankenkassenreform
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Maßnahmen zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung
- Wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern/Aufbau Ost
- Lehrstellensituation
- Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern
- Initiative für Produkte aus den neuen Bundesländern
- Bundeshaushalt 1998 und mittelfristige Finanzplanung
- Neubewertung der Goldreserven der Bundesbank
- Aktuelle Probleme der deutschen Landwirtschaft
- Wohnungsbaupolitik/Städteplanung
- Entwicklungen in der Bauindustrie
- Energiewirtschaftsrecht/Stromeinspeisungsgesetz
- Novellierung des Kartellrechts

#### *Innen- und Rechtspolitik*

- Asylbewerberleistungsgesetz
- Einführung der Hauptverhandlungshaft
- Stärkung der Inneren Sicherheit
- Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität und Gewalt
- Aktuelle Fragen der Aussiedlerpolitik
- Kommunales Wahlrecht für EU-Bürger
- Ausländerpolitik/Reform des Staatsangehörigkeitsrechts
- Enteignungen in der sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949
- Entwicklungen und Perspektiven bei der jungen Generation
- Bildung und Ausbildung
- Hochwasserkatastrophe im Oderbruch

#### *Außen-, Sicherheits- und Europapolitik*

- Krise in Ruanda und Zaire
- Lage in Rußland
- Besuch des Bundeskanzlers in Asien



- Wirtschaftsbeziehungen zu den Staaten Asiens
- Europäische Währungsunion/EURO
- Stabilitätspakt
- China-Reise des Bundespräsidenten/Politik gegenüber China
- Entwicklung der deutsch-iranischen Beziehungen
- Fortgang des europäischen Einigungsprozesses
- Erweiterung und Umstrukturierung der NATO
- Besuch des Bundeskanzlers in Rußland/Entwicklung des deutsch-russischen Verhältnisses
- EU-Gipfel in Amsterdam
- Erweiterung der Europäischen Union
- Wahlen in Großbritannien
- Wahlen in Frankreich
- Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs in Noordwijk
- Problematik der sogenannten „Beutekunst“
- G 7/G 8 – Weltwirtschaftsgipfel in Denver
- UN-Sondergeneralversammlung in New York
- NATO-Gipfel in Madrid
- Verhältnis zwischen Rußland und den USA sowie der NATO

### **2.3 Landesgeschäftsführerkonferenz**

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu vier Sitzungen zusammen. Dabei standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Nachbetrachtung zum 8. Parteitag der CDU Deutschlands in Hannover
- Vorstellung der Jahresplanung 1997 der Bundespartei
- Vorstellung der EURO-Kampagne der CDU
- Bericht zum hessischen Kommunalwahlkampf
- Bericht zum Thema „Umweltbeauftragte in den Kreisverbänden“
- Mitgliederentwicklung
- Mitgliederwerbung
- Kommunalwahlrecht für EU-Bürger
- Nachbetrachtung zum CDU-Aktionstag am 26. April 1997
- Vorbereitung des Bürgerschaftswahlkampfes in Hamburg
- Zusammenarbeit mit Partnerparteien, insbesondere in Osteuropa

- Verlauf der EURO-Kampagne
- Moderne Kommunikation in der politischen Arbeit
- Verträge über Haftpflicht- und Unfallversicherung
- Anmerkungen zur Prüfung des Rechenschaftsberichtes 1995
- Schulungen
- Ergebnis und Analyse der Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft
- Vorbereitung des 9. Parteitages der CDU Deutschlands in Leipzig
- Rechtliche Aspekte bei der Vorbereitung der Bundestagswahl

#### **2.4 Bundesfinanzkommission**

Die Bundesfinanzkommission hat im Berichtszeitraum einmal getagt. Sie hat sich insbesondere mit dem parteiinternen Finanzausgleich für 1997 beschäftigt. Die Diskussion machte deutlich, daß nach wie vor die dringende Notwendigkeit besteht, den neuen Bundesländern besondere Zuwendungen zu gewähren. Dabei wurde gewürdigt, daß die neuen Bundesländer ab 1997 den vollen Beitragsanteil an die Bundespartei entrichten.

Die Bundesfinanzkommission beschloß für die neuen Bundesländer einen pauschalen Zuschuß, der von allen Landesverbänden aufgebracht wird, und einen Zuschuß für die bei den Landesverbänden angestellten Kreisgeschäftsführer. Die Kosten dafür werden zur Hälfte von der Bundespartei und den alten Landesverbänden aufgebracht. Diese Zuschüsse sind bestimmt zur Stärkung der Organisationskraft und zur Unterhaltung der Geschäftsführerstrukturen in den neuen Bundesländern. Sie sind zeitlich begrenzt und werden für die Jahre 1997, 1998 und 1999 gewährt.

#### **2.5 Bundesparteigericht**

Das Bundesparteigericht der CDU trat zwischen dem 25. September 1996 und dem 30. September 1997 unter dem Vorsitz von Präsident des Oberlandesgerichts a. D. Dr. Eberhard Kuthning zu vier Sitzungen zusammen. Von den am 25. September 1996 insgesamt 17 anhängig gewesenen bzw. gewordenen Parteigerichtssachen konnten neun Verfahren abgeschlossen werden; noch offen sind ein Verfahren aus dem Jahre 1996 und sieben Verfahren aus diesem Jahr. Dabei handelt es sich um vier Ausschlußverfahren (u. a. eines wegen Zugehörigkeit zur „Scientology Church“) und vier Wahlanfechtungen.

Im Berichtszeitraum wurden die oben erwähnten neun Parteigerichtsverfahren wie folgt abgeschlossen: Fünf Zurückweisungen der Anträge, Beschwerden und Rechtsbeschwerden; zwei Abänderungen von Entscheidungen des Landesparteigerichts; eine Einstellung infolge Rücknahme des Rechtsmittels sowie ein Vergleich.

Gegen die Ausschluß-Entscheidungen CDU-BPG 3/95 ® und CDU-BPG 1/96 ®, abgedruckt in UiD-Extra 2/97, hatten die ausgeschlossenen früheren CDU-Mitglieder Klage vor dem Landgericht Bonn (Az. 7.0.55/97) erhoben. Die Klage wurde kostenpflichtig abgewiesen, jedoch ist das Urteil vom 9. Juli 1997 noch nicht rechtskräftig.

## **2.6 Bundesfachausschüsse**

### **(1) Bundesfachausschuß Innenpolitik**

Vorsitzender: Johannes Gerster MdL (Rheinland-Pfalz), bis Mai 1997  
Heinz Paus MdL (Nordrhein-Westfalen), ab Mai 1997  
Stellvertreter: Heinz Paus MdL (Nordrhein-Westfalen), bis Mai 1997  
Alexander Prechtel (Mecklenburg-Vorpommern)  
Volker Bouffier MdL (Hessen), ab Mai 1997  
Geschäftsführer: Patrick Kammerer, bis September 1997  
Karin Althaus-Grewe, ab Oktober 1997

Das Arbeitsprogramm des Bundesfachausschusses umfaßte die Themen Kommunale Kriminalprävention, Drogenpolitik, Aussiedlerpolitik, Asyl- und Ausländerpolitik, Scientology, Korruptionsbekämpfung, Datenschutz sowie die Frage der Einbeziehung des Verfassungsschutzes in die Vorfeldbeobachtung der Organisierten Kriminalität. Der Bundesfachausschuß hat zu seinen Sitzungen hierzu Experten aus den Bereichen der Justiz, der Medizin, des Verfassungsschutzes, der Polizei sowie aus dem Leitungsbereich des Bundesinnenministeriums hinzugezogen.

An der Konzeption des Zukunftsforums Innere Sicherheit „Tatort Großstadt-Handeln für mehr Sicherheit“ am 1. September 1997 in Hamburg war der Bundesfachausschuß maßgeblich beteiligt. Durch seinen Vorsitzenden Heinz Paus MdL war der Bundesfachausschuß auch eingebunden in die Beratungen der Bundespartei zur Frage einer verbesserten Sicherheit im öffentlichen Personennah- und -fernverkehr.

### **Arbeitsergebnisse/Beschlüsse**

Mit dem Beschluß „Perspektiven der Aussiedlerpolitik der CDU“ hat der Bundesfachausschuß im Februar 1997 öffentlich Stellung zu den aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung in der Aussiedlerpolitik bezogen und zukünftige politische Leitlinien für diesen Bereich formuliert.

Als Ergebnis der vom Bundesfachausschuß angestoßenen Diskussion um den angemessenen Umgang mit der Scientology-Organisation hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle die Dokumentation „Die Auseinandersetzung mit der ‚Scientology-Organisation‘ in internationaler Perspektive“ erarbeitet, die im Juni 1997 im UiD erschien.

Die Beratungen zur Drogenpolitik mündeten in den Beschluß „Suchtfrei leben – Leitlinien für eine Anti-Drogen-Politik der Zukunft“, der am 1. August 1997 vom Vorsitzenden Heinz Paus MdL der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Zur Kriminalprävention hat der Bundesfachausschuß einen Leitfaden für die kommunalpolitische Arbeit unter dem Titel „Verbrechensvorbeugung vor Ort“ erarbeitet. Er wurde am 1. September 1997 aus Anlaß des Zukunftsforums Innere Sicherheit in Hamburg veröffentlicht.

Der Bundesfachausschuß hat den Antrag des Bundesvorstandes zum Thema „Sicherer leben in Deutschland“ für den Leipziger Bundesparteitag beraten und Änderungsvorschläge dazu erarbeitet.

#### **Bundesarbeitskreis Polizei der CDU**

Vorsitzender: Heinz Paus MdL (Nordrhein-Westfalen)  
Stellvertreter: Josef Schön (Hessen)  
Geschäftsführer: Stephan Sillekens, bis September 1997  
N.N., ab Oktober 1997

Das Thema Korruptionsvorbeugung in der Polizei war der erste thematische Schwerpunkt des Bundesarbeitskreises Polizei im Berichtszeitraum. Zu diesem Thema referierte der Bonner Polizeipräsident Dierk Henning Schnitzler. Zweiter Beratungspunkt war die Frage nach der Effizienz des Einsatzes von Polizeibeamten. Weitere Themen waren die Auswirkungen des novellierten BKA-Gesetzes auf die praktische Arbeit des Bundeskriminalamtes und eine kritische Würdigung des Kompromisses über den Einsatz von Mikrofonen in Gangsterwohnungen.

#### **(2) Bundesfachausschuß Bildung, Forschung und Kultur**

Vorsitzender: Herbert Reul MdL (Nordrhein-Westfalen)  
Stellvertreter: Bärbel Sothmann MdB (Hessen)  
Minister Dieter Althaus MdL (Thüringen)  
Minister Klaus von Trotha MdL (Baden-Württemberg)  
Geschäftsführer: Stephan Sillekens, bis September 1997  
N.N., ab Oktober 1997

#### **Schwerpunktthemen**

Erster Themenschwerpunkt war die Frage der Sicherung eines qualitativ hochwertigen Bildungssystems. Der Bundesfachausschuß entwickelte Leitgedanken für eine zukunftsfähige Hochschule, die im Mai 1997 in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Zweiter Schwerpunkt war die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der sog. TIMSS-Studie „Mathematisch-naturwissenschaftlicher Unterricht im internationalen Vergleich“. Die Studie war Anlaß für die Erklärung „Schulbeginn: Start für Zukunftsausbildung oder Weg in die Sackgasse? Mehr Qualität statt Ideologie an unseren Schulen“, die der Ausschußvorsitzende Herbert Reul MdL im August 1997 in Bonn vorstellte.

Der verantwortliche Umgang mit der Bio- und Gentechnologie, aber auch die enormen Chancen, die sich hier für den Standort Deutschland bieten, waren Diskussionsgegenstand einer weiteren Sitzung des Bundesfachausschusses, in der einer der führenden Experten auf diesem Gebiet, Prof. Dr. Hans-Günter Gassen, referierte.

### **Beschlüsse**

- „Leistung – Differenzierung – Wettbewerb. Leitgedanken für eine zukunftsfähige Hochschule“, 30. Mai 1997
- „Schulbeginn: Start für Zukunftsausbildung oder Weg in Sackgasse? – Mehr Qualität statt Ideologie an unseren Schulen“, 13. August 1997
- „Erwachsenenbildung: Ein Schlüssel zum 21. Jahrhundert“, Erklärung zur 5. UNESCO-Weltkonferenz der Erwachsenenbildung in Hamburg, 13. Juli 1997

### **(3) Bundesfachausschuß Sport**

Vorsitzende: Petra Roth (Hessen)

Stellvertreter(in): Steffie Schnoor MdL (Mecklenburg-Vorpommern)

Klaus Riegert MdB (Baden-Württemberg)

Geschäftsführerin: Edelgard Schönau

Schwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses Sport war das Thema Schulsport. Der Ausschuß führte am 21. April 1997 ein Expertengespräch zu diesem Thema durch. Er verabschiedete im Anschluß an dieses Expertengespräch am 30. Juni „Zehn Thesen der CDU zum Schulsport“, die Grundlage für eine breit angelegte innerparteiliche Diskussion sein sollen.

Ein weiteres Schwerpunktthema war der Behindertensport in Deutschland, zu dem Stellungnahmen vom Vorstand des Behinderten-Sport-Verbandes (DBS) sowie von Vertretern von Öffentlichkeitsarbeit und Marketing des DBS eingeholt wurden. Die Diskussionsergebnisse sind in einen Beschlußentwurf des Bundesfachausschusses eingegangen.

Außerdem befaßte sich der Bundesfachausschuß mit folgenden Themen:

- Aufnahme des Sports in Maastricht II
- Gesundheitsvorsorge durch Sport
- Nationales Spitzensportkonzept

#### **(4) Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Energiepolitik**

Vorsitzender: Parl. Staatssekretär Dr. Norbert Lammert MdB (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter: Dr. Gisela Meister-Scheufelen MdL (Baden-Württemberg)

Dr. Paul Krüger MdB (Mecklenburg-Vorpommern)

Dr. Dieter Murmann (Schleswig-Holstein)

Geschäftsführer: Michael Alber

Der Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Energiepolitik hat sich im Berichtszeitraum mit folgenden Themen befaßt:

- Entwicklung von Wirtschaft und Finanzen
- Große Steuerreform 1998/99
- Novellierung des Energiewirtschaftsrechts
- Novellierung des Stromeinspeisungsgesetzes
- Förderung erneuerbarer Energien

#### **(5) Bundesfachausschuß Strukturpolitik**

Vorsitzender: Dr. Karl-Heinz Daehre MdL (Sachsen-Anhalt)

Stellvertreter: Brita Schmitz-Hübsch MdL (Schleswig-Holstein)

Werner Dörflinger MdB (Baden-Württemberg)

Claus-Peter Grotz MdB (Baden-Württemberg)

Geschäftsführer: Heribert Hennemann

Der Bundesfachausschuß Strukturpolitik hat sich im Berichtszeitraum vor allem mit folgenden Themen befaßt:

- Auswirkungen der Steuerreform auf den Wohnungsbau
- Umsetzung Regionalisierung des Personennahverkehrs
- Novellierung des Bau- und Planungsrechts
- Neugestaltung der Städtebauförderung
- Änderung des Mietrechts

#### **(6) Bundesfachausschuß Umweltpolitik**

Vorsitzender: Kurt Dieter Grill MdB (Niedersachsen)

Stellvertreterin: Wilma Glücklich MdB (Berlin)

Prof. Dr. Roland Salchow MdHB (Hamburg)

Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Kubink

### **Arbeitsgruppen**

- Zukunft/Nachhaltige Wirtschaft/Ökologische und Soziale Marktwirtschaft
- Energie und Umwelt
- Umwelt und Landwirtschaft
- Umwelt und Verkehr
- Abfall/Abwasser und Altlasten
- Kommunikationsstrategien

### **Schwerpunkthemen**

- Ausgestaltung der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft
- Umwelt und Entwicklung
- Verstärkter Einsatz von marktwirtschaftlichen Instrumenten in der Umweltpolitik (zum Beispiel Bilanz und Fortentwicklung des Umwelthaftungsrechts)
- Klimaschutz und Umsetzung des CO-2-Minderungsprogramms
- Ausgestaltung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes
- Kostenentwicklung und Möglichkeiten der Kostensenkung im Gewässerschutz
- Naturschutz/Umwelt und Landwirtschaft
- Maßnahmen zur Intensivierung unserer Umweltpolitik vor Ort
- Umwelt und Verkehr
- Globale Süßwasserproblematik

### **Beschlüsse/Aktionen**

- „Umwelt und globale Verantwortung – Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt“ – Gemeinsamer Beschluß mit dem Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik, 15. Mai 1997
- „Klimaschutz – Mach mit!“ – Gemeinsame Aktion mit der Frauen-Union (FU), Jungen Union (JU) und der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU (KPV); Pressekonferenz zum Auftakt am 2. Juli 1997

### **(7) Bundesfachausschuß Agrarpolitik**

Vorsitzender: Reimer Böge MdEP (Schleswig-Holstein)

Stellvertreter(in): Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB (Braunschweig)

Petra Wernicke MdL (Sachsen-Anhalt)

Geschäftsführerin: Gabriele Hopp

Der Bundesfachausschuß Agrarpolitik hat sich im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik befaßt, Vorstellungen zur künftigen Milchmarkt-

politik entwickelt und den Agrarteil der inzwischen von der EU-Kommission vorgelegten „Agenda 2000“ (Grundsatzpapier zur Weiterentwicklung der Europäischen Union und zur EU-Osterweiterung) analysiert.

In seiner Sitzung am 15. September 1997 hat der Bundesfachausschuß Agrarpolitik einen Beschluß mit dem Titel „Wettbewerbsfähigkeit stärken – Wettbewerbsverzerrungen abbauen“ gefaßt, der Vorschläge und Empfehlungen für eine Standortsicherungs- und Kostenentlastungs-offensive für die deutsche Landwirtschaft enthält und damit wichtige Anstöße für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in Deutschland gibt.

Der Bundesfachausschuß hat sich ebenfalls in die aktuellen Debatten um BSE, das Bundesnaturschutzgesetz und den Euro eingeschaltet und mit entsprechenden Erklärungen die CDU-Positionen zum Bundesnaturschutzgesetz und zum Euro untermauert.

#### **(8) Bundesfachausschuß Medienpolitik**

Vorsitzender: Staatsminister Anton Pfeifer MdB (Baden-Württemberg)

Stellvertreter: Parl. Staatssekretär Bernd Neumann MdB (Bremen)

Geschäftsführer: Ralf Golinski

Der Bundesfachausschuß hat sich im Berichtszeitraum insbesondere mit folgenden Themen befaßt:

- Medienpolitische Überlegungen nach der Ratifizierung des Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrages
- das Informations- und Kommunikationsdienstegesetz des Bundes
- der Mediendienstestaatsvertrag der Länder
- die Novellierung des Bundesfilmförderungsgesetzes
- die Novellierung der EU-Fernsehrichtlinie, u. a. Exklusivrechtregelung und Fragen des Jugendschutzes im Internet
- die Entwicklung der beiden neuen Spartenprogramme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, „Kinderkanal“ und „Phönix“
- die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland
- die Rolle der elektronischen Medien in der auswärtigen Kulturpolitik
- die neuen Maßnahmen zur Sicherung der Meinungsvielfalt bei den privaten Programmbietern
- die gemeinsame Erklärung der deutschen Bischofskonferenz und des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland zu „Chancen und Risiken der Mediengesellschaft“



- die Diffamierungsversuche von christlichen Glaubensüberzeugungen durch einzelne Fernsehsendungen und Zeitungen
- die Berichterstattung in den Medien über den Transport des Castorbehälters
- das Zeugnisverweigerungsrecht
- die Entwicklung des digitalen Fernsehens in Deutschland bei den öffentlich-rechtlichen und privaten Programmanbietern
- Medienkompetenz, multimediafähige Ausstattung der Schulen und Vorhaben der Landesregierungen
- die rundfunkpolitische Entwicklung im deutschen Südwesten
- Fragen zur Rechtmäßigkeit bei der zentralen Vermarktung der Rechte für Fußball-Fernsehübertragungen

Diese Arbeitsschwerpunkte wurden auch in folgenden **Arbeitsgruppen** weiter vertieft:

- Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland
- Strukturreform der deutschen Filmförderung
- Jugendschutz im Internet
- Rolle der elektronischen Medien in der auswärtigen Kulturpolitik
- Medienpolitische Fragen zur weiteren Entwicklung digitaler Programmangebote und Mediendienste in Deutschland
- Exklusivrechte bei Sportübertragungen

### **Beschlüsse**

- Stellungnahme zur Mitteilung der Europäischen Kommission über „Illegale und schädigende Inhalte im Internet“, 25. Oktober 1996
- Stellungnahme zur Revision der EU-Fernsehrichtlinie im Europäischen Parlament, 25. Oktober 1996
- Stellungnahme zur Strukturreform der Filmförderung zur Stärkung des deutschen Films als Kultur- und Wirtschaftsgut, 2. Dezember 1996
- Stellungnahme zum Informations- und Kommunikationsdienstegesetz und zum Mediendienstestaatsvertrag, 3. Dezember 1996
- Stellungnahme zur Gemeinsamen Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland „Chancen und Risiken der Mediengesellschaft“, 30. April 1997
- Änderungsantrag zum Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands an den 9. Parteitag in Leipzig (Medienpassage), 8. September 1997

## **(9) Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik**

Vorsitzender: Hermann-Josef Arentz MdL (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter(in): Dr. Maria Böhmer MdB (Rheinland-Pfalz)

Maria Michalk (Sachsen)

Dr. Paul Hoffacker (Nordrhein-Westfalen)

Geschäftsführerin: Ursula Heinen

Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik hat im Berichtszeitraum vor allem das Thema „Zukunft der Arbeit“ behandelt. Dabei wurden Entwicklungen im Ausland (Niederlande) ebenso diskutiert wie die Ergebnisse der Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit „Wege zu mehr Beschäftigung“ und die Analysen der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen „Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland – Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen“. Der Bundesfachausschuß verfaßte eine Stellungnahme zum ersten Teil des Berichts der Zukunftskommission „Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern“.

Der Bundesfachausschuß erarbeitete außerdem eine Stellungnahme zum Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“. Mit einer EntschlieÙung zur Rentenreform '99 begleitete er die Arbeit der CDU-Präsidiumskommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“.

Der Bundesfachausschuß veranstaltete eine Anhörung „Zukunft des Kurwesens“, deren Ergebnisse im Beschluß „Neue Wege für Deutschlands Heilbäder und Kurorte“ zusammengefaßt wurden.

### **Beschlüsse/Stellungnahmen**

- „Neue Wege für Deutschlands Heilbäder und Kurorte“, 28. Februar 1997
- Stellungnahme zum Bericht der Zukunftskommission von Bayern und Sachsen „Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern“, 20. Juni 1997
- EntschlieÙung zur Rentenreform '99, 20. Juni 1997
- „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, 19. September 1997

## **(10) Bundesfachausschuß Außen- und Sicherheitspolitik**

Vorsitzender: Elmar Brok MdEP (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter: Dr. Friedbert Pflüger MdB (Niedersachsen)

Dr. Andreas Schockenhoff MdB (Baden-Württemberg)

Geschäftsführerin: Jeannet-Susann Frössinger

Der Bundesfachausschuß Außen- und Sicherheitspolitik hat sich seit dem letzten Parteitag vor allem mit der Erarbeitung von Stellungnahmen zu den Themen Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Mittelmeerpolitik, Chinapolitik und transatlantische Beziehungen beschäftigt. Der Beschluß „Sicherheitspolitische Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“ wurde am 9. September 1997 der Presse vorgestellt. Des weiteren behandelte der Bundesfachausschuß folgende Themen:

- Die Post – IFOR Mission und die Rolle der Bundeswehr
- Die Strategie der Konversionspolitik
- Außen- und sicherheitspolitische Aspekte der Regierungskonferenz

Am 2. Juni 1997 diskutierte der Bundesfachausschuß außen- und sicherheitspolitische Themen mit einer hochrangigen Delegation der schwedischen Partnerpartei Moderata Samlingspartiet.

### **Beschlüsse**

- „Sicherheitspolitische Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“; veröffentlicht am 9. September 1997
- „Die Trennung überwinden – Leitlinien einer Mittelmeerpolitik“; 10. März 1997

### **(11) Bundesfachausschuß Europapolitik**

Vorsitzender: Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP (Nordrhein-Westfalen)  
Stellvertreterinnen: Christine Lieberknecht MdL (Thüringen)  
Doris Pack MdEP (Saar)  
Geschäftsführer: Gert Olav Göhs

### **Arbeitsschwerpunkte**

Der Schwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses lag in der Begleitung der aktuellen europapolitischen Agenda. Im Mittelpunkt standen dabei der neue EU-Vertrag von Amsterdam, die Vorbereitungen auf die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sowie auf die Erweiterungsverhandlungen mit Zypern und der ersten Gruppe von Staaten Mittel- und Osteuropas. In diesem Zusammenhang behandelte der Bundesfachausschuß auch die notwendigen Reformen der EU-Finanzierung und der Agrar- und Strukturpolitik. Im Hinblick auf die europäische Währungsunion befaßte sich der Bundesfachausschuß Europapolitik auch mit der Öffentlichkeitsarbeit („Euro-Dialog“).

Ein weiteres wichtiges Anliegen des Bundesfachausschusses bildete die Schaffung eines bürgernahen und sozialen Europas. In diesem Zusammenhang hat der Bundesfachausschuß in

Absprache mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik, Hermann-J. Arentz MdL, neue Leitlinien europäischer Sozialpolitik erarbeitet.

### **Beschlüsse**

- „40 Jahre Römische Verträge – ein Erfolg für unser Land“; 17. März 1997
- „Leitlinien europäischer Sozialpolitik“; 26. Mai 1997

### **(12) Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik**

Vorsitzende: Anne-Karin Glase MdEP (Brandenburg)  
Stellvertreter: Armin Laschet MdB (Nordrhein-Westfalen)  
Prof. Dr. Winfried Pinger MdB (Nordrhein-Westfalen)  
Geschäftsführer: Winfried Weck

Der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik hat sich für die laufende Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, einen umfassenden Überblick über die entwicklungspolitischen Positionen der CDU zu erarbeiten. Dies schließt neben der Formulierung neuer Beschlüsse auch die Überarbeitung von Beschlüssen der vergangenen Legislaturperiode ein.

### **Arbeitsgruppen**

- Die Entwicklungspolitik der CDU – Grundsätze, Ziele, Schwerpunkte
- Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zu einer „Welt-Zukunftspolitik“
- Umwelt und globale Verantwortung
- Perspektiven der Europäischen Entwicklungspolitik
- Entwicklungspolitik im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit
- Aufgaben und Stellenwert der deutschen NRO in der deutschen Entwicklungspolitik

### **Beschlüsse**

- „Verwirklichung der Menschenrechte – Voraussetzung für Entwicklung“; 14. Oktober 1996
- „Perspektiven der Europäischen Entwicklungspolitik“; 20. Januar 1997
- Gemeinsam mit dem BFA Umweltpolitik: „Umwelt und globale Verantwortung – Herausforderung für das nächste Jahrzehnt“; 30. Mai 1997
- „Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika“; 17. Juni 1997
- „Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zu einer Weltzukunftspolitik“; 17. Juni 1997
- „Die Entwicklungspolitik der CDU“; 2. September 1997

### **(13) Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)**

Vorsitzender: Herbert Helmrich MdL (Mecklenburg-Vorpommern)  
Stellvertreter: Jakob Kraetzer (Berlin und Brandenburg)  
Walter Remmers MdL (Sachsen-Anhalt)  
Prof. Dr. Rupert Scholz MdB (Berlin)  
Dr. Gabriele Wurzel (Mecklenburg-Vorpommern)  
Geschäftsführerin: Karin Althaus-Grewe

#### **Fachkommissionen**

- „Europa“ (Vorsitz: Prof. Dr. Carl Otto Lenz)
- „Medizin-Ethik-Recht“ (Vorsitz: Heinz Seesing)

#### **Schwerpunkthemen**

- Europäische Rechtspolitik
- Europäische Zusammenarbeit im Bereich der justitiellen Zusammenarbeit
- Rechtsfragen bei der Einführung der Europäischen Währungsunion
- Rechtsfragen zur Inneren Sicherheit
- Jugendkriminalität
- Rechtsfragen bei der Einführung und Entwicklung neuer Technologien
- Entlastung der Rechtspflege im zivil- und strafrechtlichen Bereich

#### **Beschlüsse**

- „Recht und Sicherheit der Bürger in Europa“ – Leitsätze des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen zu den Beratungen der Regierungskonferenz über die Justiz und Inneres betreffenden Bestimmungen des EU-Vertrages (Maastricht II); 25. März 1997
- Rechtsschutz in der Europäischen Union nach dem Amsterdamer Vertrag, 8. August 1997
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität, 22. August 1997

#### **Veranstaltung**

Fachtagung zur Kinder- und Jugendkriminalität in Schloß Eichholz/Wesseling, 11./12. April 1997

# Festakt 50 Jahre Ahlener Programm

Das Ahlener Programm und die programmatische Gestaltung der CDU-Politik standen im Mittelpunkt der Festveranstaltung.

## 50 Jahre Ahlener Programm Freiheit in sozialer Verantwortung

# CDU



Bundeskanzler Helmut Kohl hielt beim Festakt eine Grundsatzrede.

## 100. Geb. Ludwig Erhard

Ludwig Erhard • Vater der Sozialen Marktwirtschaft • \*4. Februar 1897

»Wir, unsere Christlich Demokratische Union, sind es gewesen, die in einer fast ausweg- und hoffnungslosen Situation den Mut zur Verantwortung aufgebracht und dem deutschen Volk die Existenzgrundlage zurückgegeben haben.«

(Ludwig Erhard auf dem 1. Parteitag der CDU, 22. 11. 1950 in Godes)

**Kontinuität  
einer  
erfolgreichen  
Politik**



**CDU**



Ökologische und Soziale  
Marktwirtschaft:  
**Grundlage einer  
freiheitlichen  
Gesellschaftsordnung**

-Zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard-

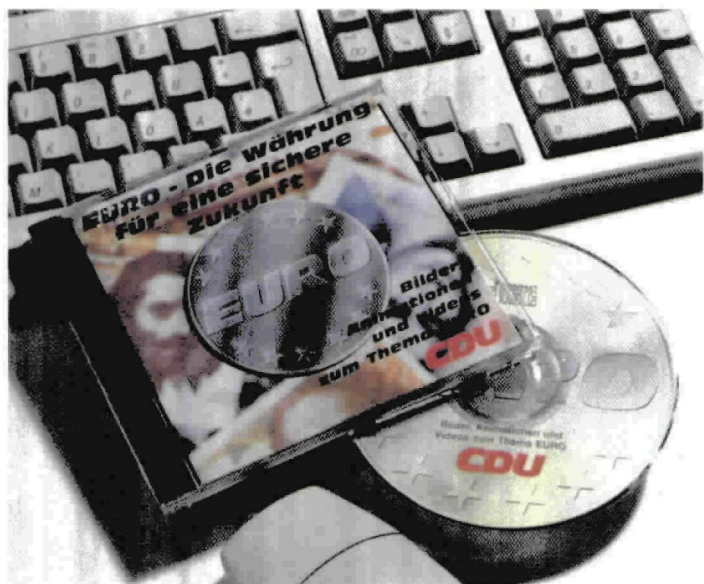
**CDU**

Der »Vater« der Sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhard, wäre am 4. Februar 100 Jahre alt geworden. Die CDU gedachte seiner Leistungen mit einer Broschüre und einer Wandzeitung.

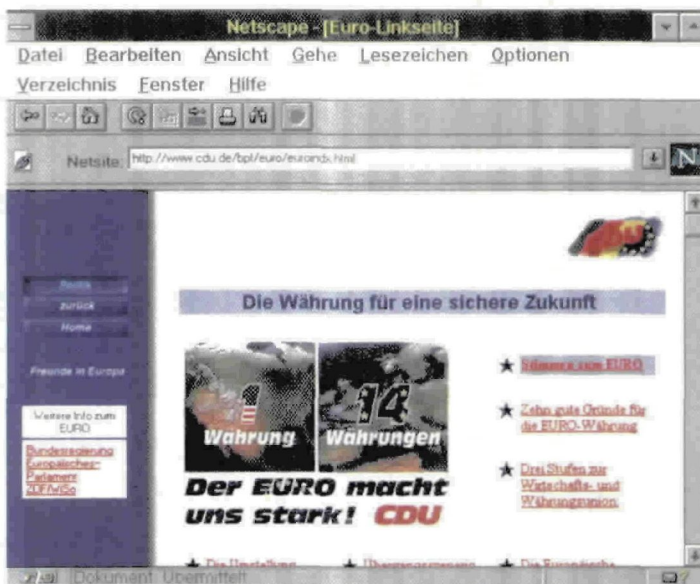
# EURO – Die Währung für eine sichere Zukunft

Die CDU wirbt mit der Aktion „EURO – Die Währung für eine sichere Zukunft“ auf breiter Basis für die Akzeptanz des EURO. Bundesweit haben in allen Landesverbänden Informationsveranstaltungen zum

EURO stattgefunden. Die CDU hat dafür eine CD-ROM entwickelt, die es den Referenten ermöglicht, ihre Argumente mit Grafiken und Schaubildern zu verdeutlichen.



Die CD-ROM „EURO – Die Währung für eine sichere Zukunft“ enthält Grafiken, Animationen und Videos, die die Argumente für den EURO eindrücklich darstellen. Die CD-ROM ist ganz auf den Einsatz „Rednerunterstützung“ konzipiert und daher individuell einsetzbar und leicht zu bedienen.



Auf der EURO-Seite im Internet befinden sich in Kurzform alle wesentlichen Informationen zum EURO aus Broschüre, Faltblatt und Rede. Zusätzlich werden aktuelle Stimmen zum EURO angeboten, die aktuellen Umrechnungskurse sowie die Ansicht der Geldscheine.



Die erste EURO-Veranstaltung fand im November '96 in Koblenz statt. Dort diskutierten Dr. Werner Langen MdEP, Dr. Manfred Weber (Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Banken), Johannes Gerster MdL.

# Zwei Seiten derselben Medaille



**EURO**

Zehn gute Gründe  
für den EURO

WIR  
GESTALTEN  
ZUKUNFT **CDU**



**Währung**



**Währungen**

## Der EURO macht uns stark! **CDU**



**EURO**  
Die Währung  
für eine sichere  
Zukunft

Argumente für die politische  
Diskussion rund um den EURO

Im Internet werden ebenfalls umfangreiche Informationen zum EURO sowie Diskussionen mit Europapolitikern angeboten. Durch Gespräche und gute Argumente soll die Bevölkerung davon überzeugt werden, daß der EURO die Währung für eine sichere Zukunft ist.

Dazu hat die Bundesgeschäftsstelle eine Argumentationsbroschüre, ein Falblatt sowie zwei Wandzeitungen erstellt. Für die Euro-Veranstaltungen werden Rahmenankündigungsplakate angeboten.

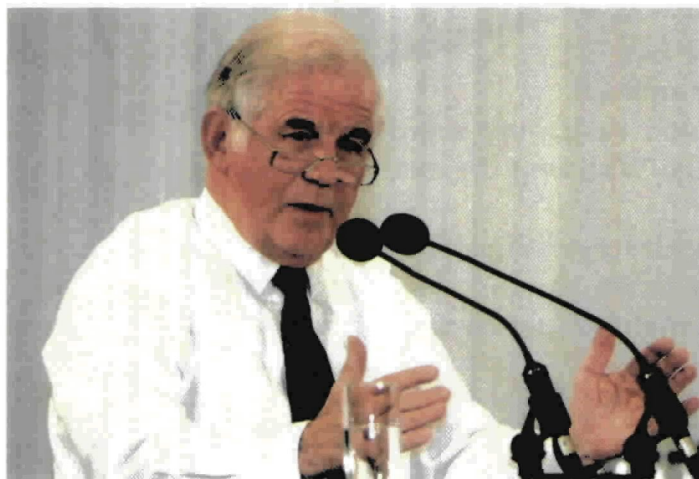
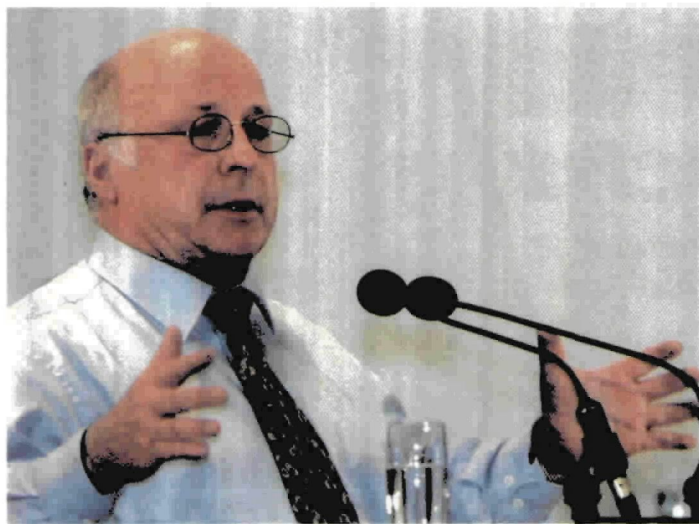


WIR  
GESTALTEN  
ZUKUNFT **CDU**



# Bundesausschuß »Zukunft der sozialen Sicherung«

Auf dem Bundesausschuß in Bonn verabschiedete die CDU nach engagierten Diskussionen ihr Konzept für die Rentenreform.



# Reformen für die Zukunft: Arbeitsplätze · Steuern · Renten

Der 26. April 1997 wurde von Generalsekretär Peter Hintze zum bundesweiten Aktionstag erklärt.

Dieser Aktionstag galt zugleich auch als Auftakt für die Informationskampagne zu den Reformprojekten der CDU. Hierbei wurden u.a. das Massenverteilungsmittel „Reformen für meine Zukunft“ in einer Auflage von 400.000 Expl. sowie 50.000 Broschüren und 40.000 Wandzeitungen eingesetzt.



**Steuern-Renten-Gesundheit**

**Reformen für meine Zukunft!**

Chancen für mehr Arbeitsplätze schaffen und unsere sozialen Sicherungssysteme auf Dauer stabil halten - dies sind zentrale Aufgaben deutscher Politik. Die CDU, als die große Volkspartei und die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Bundesregierung stellen sich diesen Herausforderungen. Die Gesundheitsreform ist verabschiedet, die große Steuerreform und die Rentenreform gehen in die parlamentarische Beratung. Wir haben als richtige für diese zukunftsweisenden Reformen schlüssige und finanzierbare Konzepte.

WIR GESTALTEN ZUKUNFT **CDU**

**Rentenreform**

**Sicherheit im Alter**

Erläuterungen zum Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands zur Rentenreform vom 19. März 1997

WIR GESTALTEN ZUKUNFT **CDU**

**Große Steuerreform**

**Weniger Steuern mehr Arbeitsplätze**

Erläuterungen zur großen Steuerreform 1998/99

WIR GESTALTEN ZUKUNFT **CDU**

**Steuerreform  
+ Rentenreform  
= mehr Arbeitsplätze**

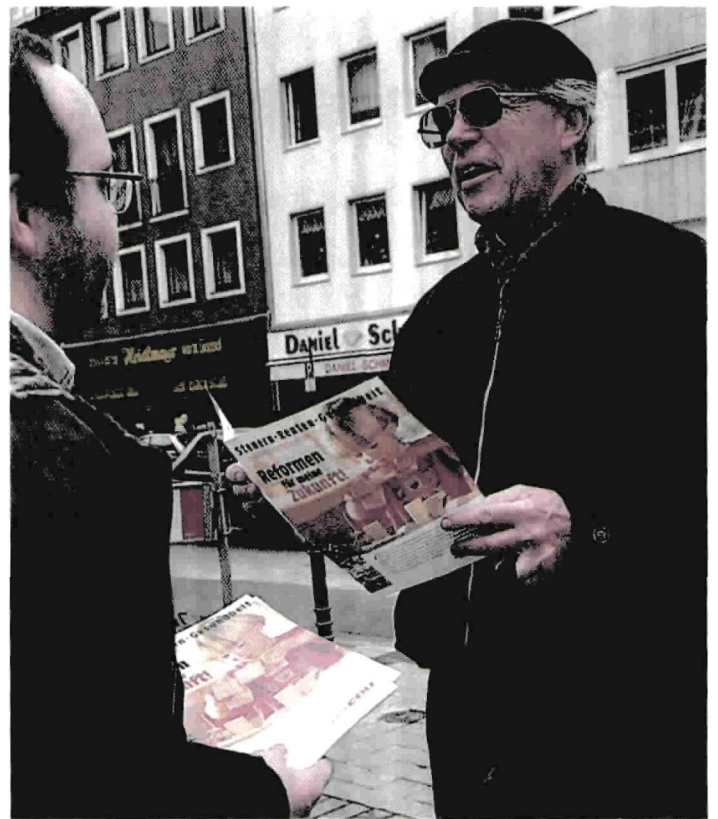
**CDU**

Wieviele Menschen müssen noch arbeitslos werden, bis die SPD ihre Blockade aufgibt?

**Deutschland braucht die Steuerreform.** **CDU**

# Aktionstag »Reformen für die Zukunft«

Das überwältigende Echo in den CDU-Ver-  
bänden in Ost und West stellte die Kamp-  
agnen-Fähigkeit der CDU-Basis auch au-  
ßerhalb von Wahlkämpfen unter Beweis.



# Umweltaktion »Klimaschutz – Mach mit!«

Die Umweltaktion „Klimaschutz – Mach mit!“ wurde im Sommer gestartet. Die Aktion soll den Verbänden neue Impulse geben und sie motivieren, im Sommer und Herbst Aktionen

zum Thema Umweltschutz vor Ort durchzuführen. Auch im Internet wurde über das Thema Klimaschutz informiert und die Aktion mit einem vierwöchigen Gewinnspiel begleitet.

## Klimaschutz – Mach mit!



**Das können Sie gewinnen**



Jeder ausgefüllte Fragebogen nimmt an der Verlosung teil. Zu gewinnen gibt es eine Waschmaschine, einen Kühlschrank und einen Elektroherd der Firma AEG Hausgeräte GmbH.

Bundesausschuß Umweltpolitik der CDU  
Frauen-Union der CDU (FU)  
Junge Union Deutschlands (JU)  
Kommunalspezifische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV)

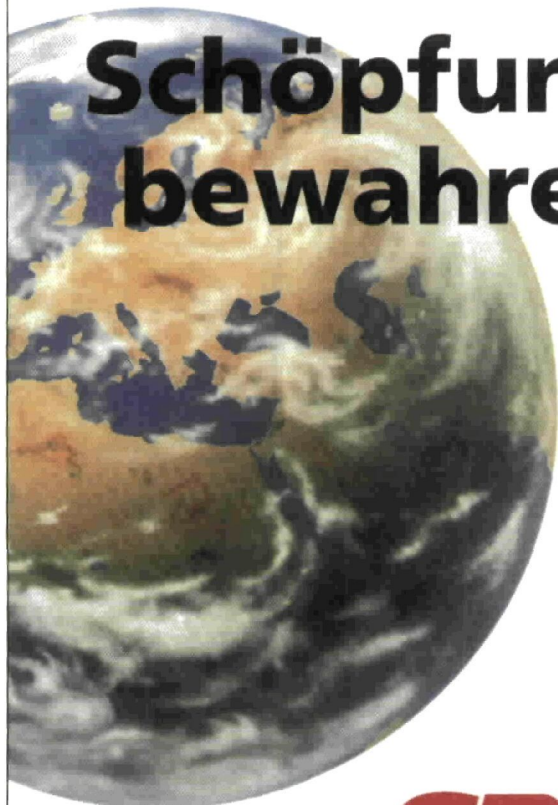
**WIR GESTALTEN ZUKUNFT CDU**



## Klimaschutz Mach mit!

**CDU**

# Schöpfung bewahren



**CDU**



Schöpfung bewahren –  
**Wachstum  
umweltverträglich  
gestalten**

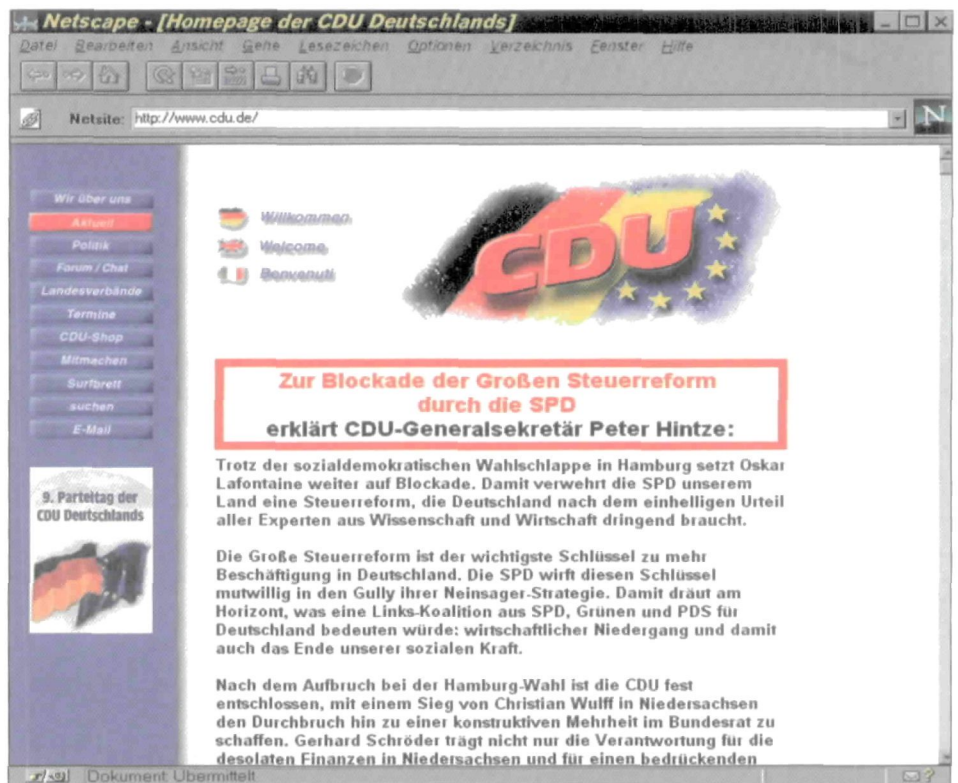
Bilanz einer zukunftsorientierten  
Umweltpolitik

**WIR GESTALTEN ZUKUNFT CDU**

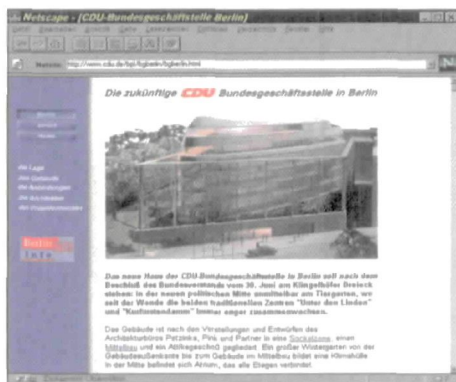
Mit der Broschüre „Schöpfung bewahren – Wachstum umweltverträglich gestalten“ wurde eine Bilanz der zukunftsorientierten Umweltpolitik der CDU gezogen.

# Die CDU im Internet

Seit Oktober 1995 ist die CDU im Internet vertreten. Das Angebot kommt bei Presse und Internet-Nutzern gleichermaßen gut an. So schreibt beispielsweise die Süddeutsche Zeitung: „Die CDU [nimmt] die absolute Top-Position unter den Internet-Angeboten der Parteien ein.“ Und das Fachmagazin Internetworld urteilt: „Die CDU steht im Netz ... ganz vorne an.“



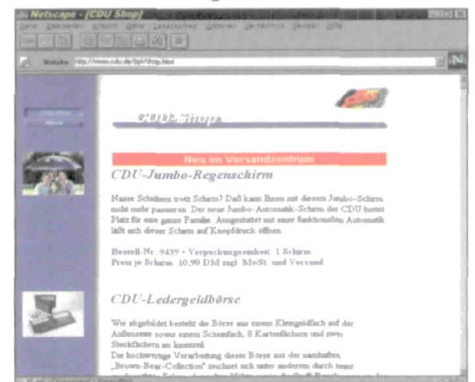
Die Homepage der CDU informiert täglich neu über das wichtigste politische Ereignis. Sie wurde im letzten Jahr mehr als 150 000 mal abgerufen.



Die Seiten über die neue CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin bieten in Wort und Bild ausführliche Informationen über das Haus, seine Philosophie und den Standort in Berlin.



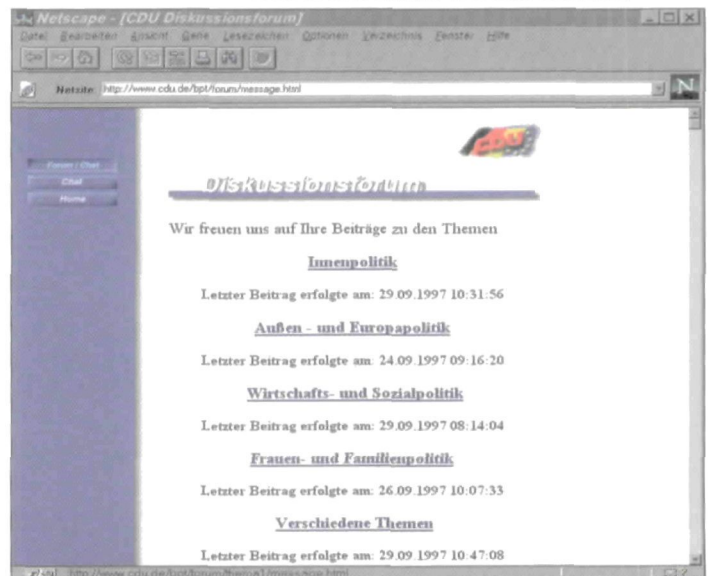
In „Aktuell“ werden u.a. Artikel aus dem Uid, Presseerklärungen und Beschlüsse veröffentlicht. Diese Rubrik wird möglichst täglich erneuert und ergänzt.



Im CDU-Shop können Kleinwerbemittel aus dem CDU-Angebot online bestellt werden. Die Fotos vergrößern sich per Mausclick, so daß die Produkte im Detail betrachtet werden können.



Im Diskussionsforum können die Besucher zu den unterschiedlichsten Themen miteinander, mit den Fachreferenten des Konrad-Adenauer-Hauses und gelegentlich mit CDU-Politikern (wie hier z.B. Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel) diskutieren. Die Abrufzahlen haben sich innerhalb eines Jahres verdreifacht und lagen im August '97 bei über 50 000.



### 3. Unterstützung von Wahlkämpfen

Seit dem letzten Bundesparteitag in Hannover fanden in Hessen

Kommunalwahlen und in Hamburg die Wahlen zur Bürgerschaft statt.

Beide Wahlkämpfe wurden von der CDU-Bundesgeschäftsstelle u. a. durch die Organisation von Wahlkampfkundgebungen unterstützt.

Im Rahmen der Kommunalwahl in Hessen fanden am 25. Januar 1997 in Dieburg und am 21. Februar 1997 in Frankfurt Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, statt.

Aufgrund der kalten Jahreszeit mußten beide Veranstaltungen in Hallen durchgeführt werden. Das große Teilnehmerinteresse führte dazu, daß beide Hallen bis zur Kapazitätsgrenze gefüllt waren und daß für die vor den Hallen wartenden Teilnehmer eine Außenübertragung organisiert werden mußte. In Dieburg erschienen über 2.000, in Frankfurt über 3.000 Teilnehmer.

Im Rahmen des Bürgerschaftswahlkampfes in Hamburg fand am 5. September 1997 eine Großkundgebung mit dem Parteivorsitzenden auf dem Hamburger Gänsemarkt statt. Trotz teilweise schlechter Witterung erschienen über 6.000 Teilnehmer.

## 4. Kongresse/Aktionen

### 4.1 Zukunftsforum Großstadt

„Eine Stadt für die Menschen“ lautete der Titel des Zukunftsforums Großstadt, das die CDU am 23. Januar 1997 in der Alten Oper in Frankfurt veranstaltete. Rund 700 Teilnehmer, darunter Vertreter aus kommunalen Parlamenten, aus Landtagen und dem Deutschen Bundestag sowie Experten für Wohnungsbau, Stadtplanung, Kulturförderung, Sicherheit und Ausländerpolitik, diskutierten über Antworten auf die Herausforderungen, vor denen unsere Großstädte stehen.

Wie bereits mit den Kongressen des vergangenen Jahres setzte die CDU mit dieser Veranstaltung die auf dem Karlsruher Parteitag 1995 begonnene Diskussion zentraler Zukunftsthemen fort. Dr. Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium und Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU, betonte in seiner Einführung zu dem Forum die Bedeutung der politischen Arbeit für die Menschen in den Städten. Nur die Partei, die sich in der Kommunalpolitik bewähre, könne auch in den Ländern und im Bund erfolgreich sein.

In den Großstädten müßten wieder das Bewußtsein und das Verständnis für das freiwillige Engagement der Menschen geschärft werden, forderte Roland Koch, der Fraktionsvorsitzende der CDU im Hessischen Landtag, der anstelle des erkrankten Bundesinnenministers Manfred Kanther das erste Grundsatzreferat des Forums hielt. Roland Koch stellte dabei sein Modell einer „aktiven Bürgergesellschaft“ vor.

Bundesbauminister Klaus Töpfer betonte, es sei Aufgabe der Politik, regional identitätsstiftend zu wirken. Im Kampf gegen die drohende Verödung der Großstädte müsse mehr Gewicht auf die Verbindung von Wohn- und Arbeitsplatz gelegt werden. Es gehe darum, mehr Menschen in die Städte hineinzubekommen und dem „selektiven Abwanderungsprozeß“ entgegenzuwirken.

In zwei Diskussionsrunden mit breitem Expertenkreis aus den alten und den neuen Bundesländern wurden vor allem die Themen Arbeit, Sicherheit und Kulturförderung als identitätsstiftende Faktoren vertieft. Um dem Unsicherheitsgefühl der Menschen zu begegnen, die sich von einer wachsenden Kriminalität bedroht fühlen, müsse neben einer verstärkten Polizeipräsenz nachbarschaftliche Hilfe gefördert werden.

Kulturförderung als Pflichtaufgabe der Kommunen festzuschreiben, forderte Peter Müller, Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Saar, in einem Streitgespräch mit Prof. August Everding unter Leitung von Dr. Michel Friedman. Peter Müller kündigte an, daß seine Fraktion einen entsprechenden Antrag im Landtag einbringen werde.

Petra Roth, Oberbürgermeisterin von Frankfurt, faßte die Ergebnisse des Kongresses zusammen und forderte als Schwerpunkte der zukünftigen Großstadtarbeit mehr Sicherheit durch Gefahrenabwehr, eine nachhaltige Wirtschaftsförderung zur Verbesserung der Finanzsituation und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie eine verstärkte Kulturförderung zur Steigerung der Lebensqualität und Bindung der Menschen an ihre Stadt.

## 4.2 Zukunftsforum Innere Sicherheit

Unter dem Titel „Tatort Großstadt – Handeln für mehr Sicherheit“ veranstaltete die CDU Deutschlands auf Einladung von Generalsekretär Peter Hintze und dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Ole von Beust, am 1. September 1997 ein Zukunftsforum Innere Sicherheit im Congress-Centrum der Hansestadt Hamburg. (Das Interesse an dem Zukunftsforum war so groß, daß eine Verlegung vom ursprünglich geplanten Tagungsort im Elysee-Hotel in das CCH notwendig wurde.)

In seiner Eröffnungsrede wies Generalsekretär Peter Hintze darauf hin, daß manche Großstädte immer mehr vom Lebens-, Arbeits- und Wohnort zum Tatort für alte und neue Formen der Kriminalität würden. Der Tatort Großstadt verlange auch einen Großeinsatz von allen Bürgerinnen und Bürgern. Innere Sicherheit habe dabei eine doppelte Bedeutung: Man müsse auf Straßen, öffentlichen Plätzen und in Wohngebieten Schutz und Sicherheit zunächst wieder sichtbar wahrnehmen können, erst dann verspüre man Sicherheit auch im Innern. Niemand dürfe sich wundern, daß in den Köpfen von jungen Leuten äußerst schwammige Vorstellungen von Recht und Unrecht entstünden, wenn ihnen von bestimmter politischer Seite seit Jahren suggeriert werde, Rauschgiftkonsum sei ein Kavaliersdelikt, Ladendiebstahl und Schwarzfahren eine Bagatelle und Schmiereien an Hauswänden eine schützenswerte Form künstlerischer Kreativität.

Ole von Beust stellte in seiner Grundsatzrede das Konzept der CDU Hamburg für eine bessere Kriminalitätsbekämpfung und eine Stärkung der inneren Sicherheit in der Hansestadt vor. Zentraler Punkt sei hierbei die Polizeipräsenz in allen städtischen Bereichen. Unterstützung bekam der Hamburger Fraktionsvorsitzende von Bundesinnenminister Manfred Kanther. Er schlug vor, in Modellversuchen in mehreren deutschen Großstädten Strategien gegen Kriminalität zu erproben, die sich bereits in US-Metropolen bewährt haben. Für die entsprechenden Vorhaben sagte der Bundesinnenminister den Bundesländern bundespolizeiliche Unterstützung zu und forderte sie gleichzeitig dazu auf, auch ihrerseits die Ausgaben für das Polizeiwesen zu erhöhen. Die Sorge, Opfer einer Straftat zu werden, so Manfred Kanther, rangiere gleich nach der Angst um den Arbeitsplatz, bisweilen sei sie sogar gleichrangig. Mit der sogenannten „gemeindenahen Polizeiarbeit“ unterstützt die CDU einen ganzheitlichen Ansatz der Verbrechensbekämpfung, der sich durch enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bürgern auszeichnet. Im Zentrum steht dabei der Bezirksbeamte, der in seinem Stadtteil zu Fuß patrouilliert und als Ansprechpartner dem Bürger zur Verfügung steht.

In zwei Podiumsrunden, an die sich jeweils Fragen und Stellungnahmen aus dem Publikum anschlossen, diskutierten namhafte Experten über Instrumente zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität sowie über unterschiedliche Erfahrungen und Zukunftsaufgaben in deutschen Großstädten. Teilnehmer waren Dr. Rüdiger Kass, Leiter der Abteilung Bundesgrenzschutz im Bundesministerium des Innern, der Journalist Dagobert Lindlau, Hermann Lutz, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Alexander Prechtel, Generalstaatsanwalt des Lan-



des Mecklenburg-Vorpommern, Karl-Heinz Ehlers, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Bernhard Falk, Vizepräsident des Bundeskriminalamts, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth sowie die Innenminister der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg, Dr. Armin Jäger und Dr. Thomas Schäuble.

In einem spannenden Streitgespräch debattierten der Berliner Innensenator Jörg Schönbohm und der innenpolitische Sprecher der Fraktion der Grünen Alternativen Liste in der Hamburgischen Bürgerschaft, Manfred Mahr, über verantwortliche Polizeikonzepte in deutschen Großstädten. Nur wenn auch kleine Rechtsverstöße konsequent geahndet werden, so Senator Schönbohm, lasse sich das Rechtsbewußtsein insgesamt wieder schärfen.

In seinem Schlußwort stellte Ole von Beust heraus, daß es sich bei den besprochenen Lösungsvorschlägen um Einzelbausteine handle, deren Zusammenwirken schließlich den Erfolg einer gestärkten inneren Sicherheit ausmache. Die CDU wolle in diesem wichtigen Bereich die Leistungsfähigkeit ihrer Politik und des Staates insgesamt unter Beweis stellen.

#### 4.3 1. Filmforum

Am 2. September 1997 veranstaltete die Bundespartei am Rande der Internationalen Funkausstellung in Berlin ein Filmforum unter dem Titel: „And the winner is . . . Der deutsche Film auf Erfolgskurs!“ Hintergrund: Die aktuelle Diskussion zur Novellierung des Bundesfilmförderungsgesetzes. Vor etwa 300 Gästen aus der Film- und Fernsehbranche, zahlreichen Journalisten aus der Tages- und Fachpresse und dem live übertragenden Ereignis- und Dokumentationskanal „Phönix“ eröffnete Generalsekretär Peter Hintze das Forum. Bundesminister Manfred Kanther hielt anschließend das Einführungsreferat zum Thema „Filmstandort Deutschland“.

Unter Leitung von Parl. Staatssekretär Bernd Neumann diskutierten namhafte Vertreter aus Film und Fernsehen zunächst die Frage: „Der deutsche Film auf Erfolgskurs! Strohfeuer oder Dauerbrenner?“. Ziel war eine Analyse der Ausgangssituation der deutschen Filmwirtschaft mit Blick auf die jüngsten Kinoerfolge und auf die vorhandenen Produktionsstrukturen für Kino und Fernsehen. Danach stand die Frage im Mittelpunkt, was von seiten der Politik getan werden kann und muß, um die neu gewonnene Position des deutschen Films zu sichern und weiter zu stärken: „Wieviel Förderung braucht der deutsche Film? Auf neuen Wegen zur Strukturreform!“. Thilo Kleine, Geschäftsführer der Bavaria GmbH, eröffnete diese Gesprächsrunde mit einem Einführungsreferat.

Das Filmforum war auf Initiative des Bundesfachausschusses Medienpolitik zustande gekommen, der bereits ein Jahr zuvor eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema unter Leitung von Parl. Staatssekretär Bernd Neumann eingesetzt und im Januar 1997 ein Eckpunktepapier zu einer verbesserten Filmförderung und zur Stärkung des Films als Kultur- und Wirtschaftsgut beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt hatte. Mit dem Forum sollte die Diskussion auf eine

breitere Basis gestellt, sollten neue Anregungen zur anstehenden Novellierung des Bundesgesetzes gesammelt und sollte insbesondere der Film- und Fernsehbranche ein weiteres Mal gezeigt werden, daß sich die CDU dieses zukunftsweisenden Bereiches mit Sachverstand annimmt.

#### 4.4 EURO-Aktion „Die Währung für eine sichere Zukunft“

Die Bundesgeschäftsstelle hat in allen Landesverbänden jeweils eine Informationsveranstaltung zum EURO durchgeführt, mit der in erster Linie CDU-Mitglieder und Funktionsträger angesprochen werden sollten. Die Veranstaltungen dienten dazu, die Akzeptanz des EURO zu erhöhen und die Parteimitglieder zu motivieren, in ihrem örtlichen Verband nach gleichem Vorbild eigene Veranstaltungen durchzuführen. Bei den Veranstaltungen sind jeweils zwei Referenten aufgetreten, ein Europaabgeordneter und ein hochrangiger Vertreter der Banken. Dr. Manfred Weber, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Banken, Prof. Dr. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank und Leiter der DB Research, sowie Dr. Dietrich Hoppenstedt, Präsident des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes, hatten sich für die meisten Veranstaltungen zur Verfügung gestellt.

Die Bundesgeschäftsstelle hat die EURO-Veranstaltungen in den Landesverbänden durch den Bühnenaufbau, die technische Betreuung der CD-ROM-Rednerunterstützung und durch die Bereitstellung verschiedener Materialien (Plakate, Einladung, etc.) unterstützt. Sie bietet darüber hinaus für die Verbände folgende Materialien an: EURO-Informationen, EURO-CD-ROM zur Rednerunterstützung, Dekorations- und Ankündigungsplakate, Rückwand-Groß-Displays, Rahmenflugblätter und Kleinwerbemittel. Über eine Direktverbindung sind Ansprechpartner in der Bundesgeschäftsstelle erreichbar, die z. B. bei der Vermittlung von Fachreferenten aus dem Bankwesen oder dem Einsatz der EURO-CD-ROM helfen.

Im Rahmen der EURO-Aktion fanden bis jetzt bundesweit über 600 Informationsveranstaltungen statt. Aufgrund des großen Interesses wird die Veranstaltungsreihe fortgesetzt.

#### 4.5 Aktion „Klimaschutz – Mach mit“

In den Sommer- und Herbstmonaten 1997 führte die CDU die Umwelt-Aktion: „Klimaschutz – Mach mit!“ durch. Sie wurde vom Bundesfachausschuß Umweltpolitik der CDU, der Frauen-Union (FU), der Jungen Union Deutschlands (JU) und der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU (KPV) vorbereitet. Die Aktion ist auf einer gemeinsamen Pressekonferenz des Generalsekretärs, der Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel, des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill MdB, und weiteren Vertretern der an der Aktion beteiligten Vereinigungen am 2. Juli 1997 präsentiert worden.

Mit der Sommeraktion wollte die CDU auch unterstreichen, daß sie dem Ziel, den Ausstoß des Treibhausgases CO<sub>2</sub> bis zum Jahre 2005 um 25 Prozent zu verringern, besondere Bedeutung

beimißt. Dies kann nur durch verstärkte Mitwirkung möglichst breiter Kreise der Bevölkerung gelingen, die mit konkreten Verhaltensänderungen zum Klimaschutz beitragen muß. Für die Aktion wurde deshalb von der Bundesgeschäftsstelle und den die Aktion mittragenden Vereinigungen eine Reihe von Materialien vorbereitet, unter anderem eine Bilanz unserer Umweltpolitik und ein Aktionsleitfaden „Klimaschutz – Mach mit!“, der zahlreiche Anregungen – von der Ausschreibung eines Malwettbewerbes für Schulklassen bis zur Ausarbeitung einer „Lokalen Agenda 21“ – enthält. Außerdem wurde ein Umweltwettbewerb ausgeschrieben, an dem sich alle Kreisverbände und Vereinigungen bis zum 15. November 1997 beteiligen können.

#### 4.6 50 Jahre Ahlener Programm

Das Ahlener Programm ist eine bedeutende Wegmarkierung in der Geschichte der CDU. Es steht für die christlich-soziale Tradition der Union und formulierte eine Wirtschaftsordnung, die jenseits von Kapitalismus und Sozialismus einen dritten Weg suchte. Den 50. Jahrestag der Beschlußfassung des Ahlener Programms beging die CDU mit einem Festakt in der Stadthalle Ahlen am 3. Februar 1997.

Vor über 1.000 Teilnehmern hielt der Parteivorsitzende Helmut Kohl die Hauptrede. Er würdigte das Ahlener Programm und seine Bedeutung für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, die viele Ansätze des Ahlener Programms übernommen und Neues hinzugefügt habe. Weitere Redner waren der Vorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen, Bundesminister Norbert Blüm, Generalsekretär Peter Hintze und der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Rainer Eppelmann.

Die Bundesgeschäftsstelle hat die Reden in einer Broschüre mit dem Titel „Freiheit in sozialer Verantwortung“ dokumentiert.

#### 4.7 Fachtagung „Zukunft des Kurwesens“

Am 19. Februar 1997 hat der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik unter Leitung seines Vorsitzenden Hermann-Josef Arentz MdL eine Fachtagung über die Zukunft des Kurwesens abgehalten.

Die übermäßigen Kostensteigerungen für stationäre Kuren in den letzten Jahren haben zu Belastungen bei den Sozialversicherungsträgern geführt, die ein Handeln der Politik notwendig machten. Insgesamt gaben die Krankenkassen 1995 für Kuren 5,1 Milliarden Mark aus und damit 50 Prozent mehr als drei Jahre zuvor. Da im Rahmen der Entwicklung der Arbeitskosten und der damit verbundenen Sicherung von Arbeitsplätzen eine Kostensenkung dringend notwendig war, wurden im Zuge der Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung unter anderem erhebliche Einsparungen bei den aus öffentlichen Mitteln gezahlten Kuren beschlossen.

Um die unvermeidbaren Folgen für die betroffenen Kurkliniken und Kurorte abzumildern, sollte nach neuen Wegen gesucht werden, um vorhandene Potentiale zu erschließen. Aus zahl-

reichen Untersuchungen ging hervor, daß viele Urlauber gern etwas für ihre Gesundheit tun möchten, es aber an erforderlichen Konzepten fehlt.

In zwei Diskussionsrunden wurde intensiv erörtert, welche neuen Wege für Deutschlands Heilbäder und Kurorte aufgezeigt werden und was Bund und Länder ihrerseits dazu beitragen können, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

In allen Beiträgen wurde die Bedeutung des Kur- und Rehabilitationswesens für die Gesundheit der Menschen unterstrichen. Das für Kuren ausgegebene Geld spart Kosten in anderen Gesundheitsbereichen. Andererseits kann jedoch nicht übersehen werden, daß die Ausgaben für Kur- und Rehabilitationswesen in den vergangenen Jahren in einem Ausmaß gestiegen sind, das medizinisch nicht mehr begründbar ist.

Im Verlauf der Veranstaltung wurde deutlich, daß die Maßnahmen des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes sowie befürchtete weitere Einschränkungen durch das Zweite Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der Gesetzlichen Krankenversicherung zu teilweise massiven Einbußen im Kur- und Reha-Bereich geführt haben. Allerdings sind nicht allein die politischen Maßnahmen Ursache für die aktuelle Rücknahme von Anträgen. Eine große Rolle spielt auch die Verunsicherung der Bevölkerung über weiter bestehende Ansprüche sowie auch eine unverständliche Diffamierung des Kurwesens generell.

Es wird notwendig sein, die positiven Auswirkungen von Kur- und Rehabilitationsmaßnahmen zu unterstreichen und weitere Diffamierungen des Kurwesens auszuschließen. Darüber hinaus waren sich alle Teilnehmer einig, daß ein höherer Stellenwert der freien Badekuren die Krankenkassen entlasten und die eigenverantwortliche Selbstbeteiligung der Versicherten steigern könnte.

Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik hat die Ergebnisse der Fachtagung ausgewertet und am 28. Februar 1997 in dem Beschluß „Neue Wege für Deutschlands Heilbäder und Kurorte“ zusammengefaßt.

#### 4.8 Frankfurter Sportgespräch

Zum ersten sportpolitischen Spitzengespräch der CDU traf sich am 7. Mai 1997 Generalsekretär Peter Hintze mit dem Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Manfred von Richthofen, und der Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Sport der CDU, Oberbürgermeisterin Petra Roth, um Perspektiven der Sportpolitik in Deutschland zu beraten.

Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, daß der enge Zusammenhang zwischen Schulsport, Breitensport und Spitzensport erhalten und gefördert werden muß. Die sportpolitischen Zielsetzungen der Union gelten allen drei Bereichen gleichermaßen. Generalsekretär Peter Hintze betonte, daß die Sportbewegung mit 26 Millionen Vereinssportlern die größte Bürgerinitiative in Deutschland sei und auch deshalb besondere Unterstützung durch die Politik verdiene.

Intensiv wurde bei dem Gespräch die Situation des Schulsports behandelt. Die CDU hält den Schulsport für eine unverzichtbare Aufgabe im Rahmen der schulischen Bildung, weil Bewegung nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige Entwicklung von Kindern positiv beeinflusst. Das Expertengespräch des Bundesfachausschusses Sport der CDU am 21. April 1997 hatte allerdings gezeigt, daß in nahezu allen Bundesländern der Schulsport die Rolle des Stiefkindes spielt. Die CDU ist sich deshalb mit dem Deutschen Sportbund einig, daß wir eine Offensive für den Schulsport brauchen, die von Sportpolitikern und Bildungspolitikern der CDU in den Ländern durch Aktionen und Initiativen mitgetragen wird und in die auch Eltern und Elternverbände mit einbezogen werden müssen. Petra Roth betonte, daß der Sport in allen Reformmodellen des Schulunterrichts seinen festen Platz erhalten müsse.

Generalsekretär Peter Hintze kündigte an, dieses sportpolitische Gipfelgespräch fortzusetzen. Es solle auch geprüft werden, wie in der Parteiarbeit der Sportpolitik ein besonderes Forum gegeben werden könne.

#### 4.9 Mitgliederwerbung

Im Rahmen der Mitgliederwerbemaßnahme „100.000 Gespräche“ bot die CDU-Bundesgeschäftsstelle wieder Schulungen für Dialogpartner und Aktionsleiter an. Dieses Angebot nahmen im Berichtszeitraum neun Kreisverbände an. In folgenden Verbänden wurden Schulungen mit professionellen Trainern durchgeführt:

- 2 Schulungen in Rheinland-Pfalz (Bad Kreuznach, Rhein-Hunsrück)
- 2 Schulungen in Baden-Württemberg (Karlsruhe-Land, Ulm)
- 1 Schulung in Hessen (Offenbach-Land)
- 1 Schulung in Sachsen-Anhalt (Aschersleben)
- 1 Schulung in Brandenburg (KV Prignitz)
- 1 Schulung in Niedersachsen (Grafschaft Bentheim)
- 2 Schulungen in Schleswig-Holstein (Rendsburg-Eckernförde)

An diesen Schulungen nahmen insgesamt 204 Dialogpartner bzw. Aktionsleiter teil. Die Schulungen wurden von den Verbänden als wichtiger Mobilisierungseffekt und zugleich als Start für ihre eigene Mitgliederwerbemaßnahme gesehen.

Neben den Schulungen, dem Leitfaden „100.000 Gespräche“ sowie dem Videofilm wurde den Parteigliederungen ein sechsseitiges Rahmenfaltblatt mit individuellen Eindrucksmöglichkeiten auf drei Seiten angeboten. Dieses Rahmenfaltblatt ist für Werbegespräche sowie für Veranstaltungen und Straßenaktionen geeignet.

#### 4.10 Informations- und Werbematerialien

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat im Berichtszeitraum folgende Informationsmaterialien und Werbemittel erstellt:

##### Reformkampagne

Wandzeitung „Reformen für meine Zukunft“

Wandzeitung „Steuerpolitik“

Wandzeitung „Steuerreform“

Massenverteilmittel „Reformen für meine Zukunft“

Großfläche „Reformen für meine Zukunft“

Großfläche „Steuerreform“

Faltblatt „Gesundheitsreform“

Flugblatt-Set „Reformen für mehr Arbeitsplätze“

Broschüre „Steuerreform“

Broschüre „Rentenreform“

##### EURO-Kampagne

Aktionsleitfaden für EURO-Veranstaltungen

CD-ROM für EURO-Präsentation

Großfläche „Der EURO macht uns stark“

Großfläche „EURO“

Kugelschreiber „EURO“

Rahmenplakat DIN A1, EURO

Notizblock für EURO-Veranstaltung

Rednerpultverkleidung EURO

Schlüsselanhänger „EURO“

Wandzeitung „Der EURO macht uns stark“

##### Umweltaktion 97

Broschüre: Ökologische und Soziale Marktwirtschaft

Flugblattvorlagen „Umweltaktion 97“

Info-Mappe „Umweltaktion 97“

Leitfaden „Umweltaktion 97“

Poster A2 „Umweltaktion 97“

##### Materialien für die Vereinigungen

Broschüre: Selbstdarstellung der Frauen-Union

Broschüre der Senioren-Union „Machen Sie mit“

Ehrenurkunde der Frauen-Union

Faltblatt der Senioren-Union „Anwalt und Partner der Senioren“

FU-Poster „Die Zukunft erfordert Phantasie“

FU-Poster „Mehrheiten“  
FU-Poster „Unsere Erde braucht Verantwortung“  
FU-Rahmenplakat  
FU-Türanhänger  
Geschenkpapier der Frauen-Union  
Kugelschreiber der Senioren-Union  
Notizblock der Senioren-Union  
Broschüre „Bilanz einer zukunftsorientierten Umweltpolitik“

CD-ROM, Disketten  
CD-ROM als multimediale Rednerunterstützung zum Thema EURO  
Datenbank Politik Update 3  
Datenbank Politik Update 4  
Diskette „Politik aktuell“

Weitere Materialien  
Aufnahmeantrag der CDU (*Neue Gestaltung*)  
Broschüre „50 Jahre Ahlener Programm“  
Leitfaden „Verbrechensvorbeugung vor Ort“  
Protokoll Bundesausschuß  
Rede Helmut Kohl, 8. Parteitag  
Rede Peter Hintze, 8. Parteitag  
Wandzeitung „Ludwig Erhard – Vater der Sozialen Marktwirtschaft“  
Wandzeitung „Deutschland steht zusammen“  
Wandzeitung „Weihnachten 96“  
Weihnachtskarte für die Bundesgeschäftsstelle

Sympathiewerbemittel  
Einkaufswagen-Chip  
Feuerzeug „EURO“  
Jumbo-Regenschirm  
Ledergeldbörse „CDU“  
Neue Ehrennadeln  
Poster A1 „Schöne Ferien“  
„Speedy“-Autoatlas  
Stundenplan

## 5. CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin

Der Bundesvorstand hat am 30. Juni 1997 beschlossen, die neue Bundesgeschäftsstelle in Berlin an der Klingelhöferstraße/Ecke Corneliusstraße nach den Plänen der Architekten Petzinka, Pink und Partner zu errichten. Die Projektentwicklung und Baubetreuung wurde der Firma Groth & Graalfs übertragen. Die Fertigstellung des Objektes ist zeitlich so geplant, daß der Umzug der Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin in der Sommerpause des Jahres 2000 erfolgen kann.

Dem Beschluß des Bundesvorstandes zum Neubau der Bundesgeschäftsstelle sind umfangreiche Arbeiten vorausgegangen. Seit 1991 sind mehr als 100 Objekte geprüft und untersucht worden. Bei der Auswertung der jeweiligen Angebote hat die Lage eine wichtige Rolle gespielt, weil die neue Parteizentrale in Berlin so angesiedelt werden soll, daß sie von den künftigen politischen Zentren aus gut zu erreichen ist. Ferner ist Wert darauf gelegt worden, einen Vorschlag zu präsentieren, der zu einem moderaten Preis realisiert werden kann, zugleich aber auch von der Architektur her einen hohen Identifikations- und Wiedererkennungswert sichert.



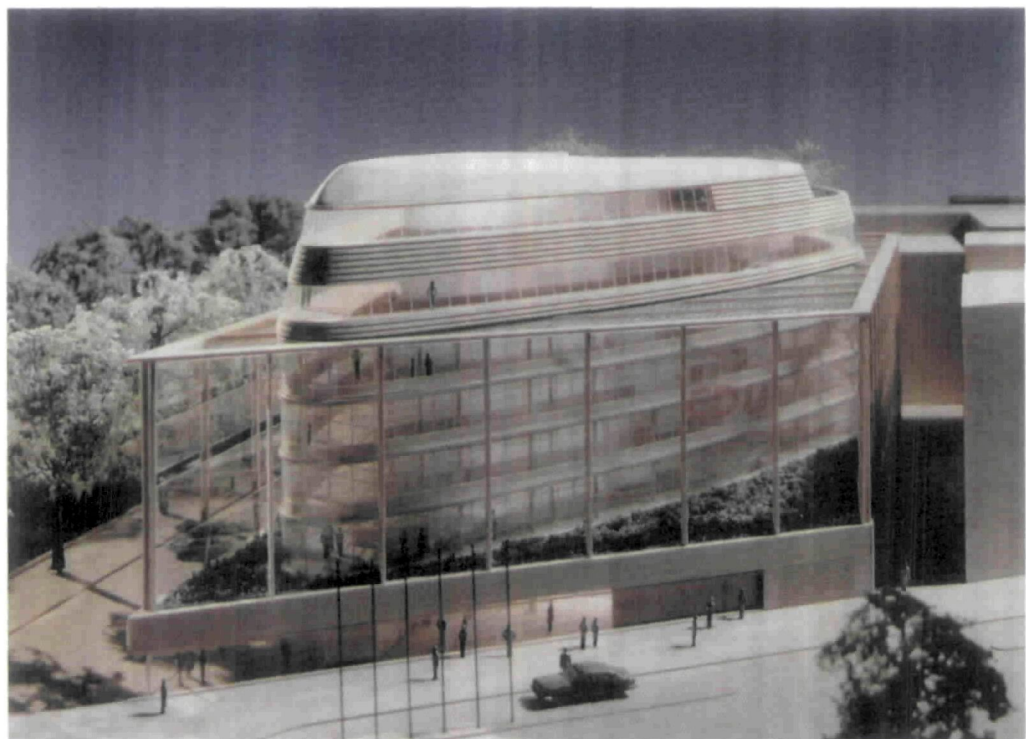
Zur Vorbereitung der Beschlußfassung im Bundesvorstand hat eine vom Parteipräsidium eingesetzte Kommission mehrere in die engere Wahl genommene Architekturentwürfe – davon einige auch an anderen Standorten – begutachtet. Der Kommission gehörten an: Generalsekretär Peter Hintze MdB als Vorsitzender, Bundesschatzmeisterin Brigitte Baumeister MdB, Dr. Alfred Dregger MdB, Johannes Gerster MdL, Prof. Dr. Rupert Scholz MdB, Staatssekretärin Christa Thoben und Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer MdB.



Faint, illegible text at the top of the page, possibly bleed-through from the reverse side.

Die KPMG-Treuhandgesellschaft hatte den Auftrag, die zuletzt vorliegenden Angebote im Hinblick auf ihre Funktionalität sowie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu untersuchen und zu bewerten.

Mit der Entscheidung des Bundesvorstandes vom 30. Juni 1997 wird der Bau einer Parteizentrale ermöglicht, der architektonisch reizvoll, modern und effizient ist, sich in bester Lage befindet und bezüglich der Kosten im Rahmen bleibt.



## 6. Pressearbeit, ständige Publikationen, elektronische Medien

### 6.1 Pressearbeit

Die inhaltliche und organisatorische Betreuung der Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen ist die Hauptaufgabe der Pressestelle. Vorbereitung, Einstimmung und Nachbereitung aller aktuellen politischen Themen sowie der speziellen Parteiangelegenheiten stehen im Mittelpunkt der Pressearbeit. Das waren im Berichtszeitraum abermals die Diskussionen um die Reformprojekte von Union und Koalition, das waren aber auch Grundsatz-, Strategie- und allgemeine Fragen zur Struktur und Organisation der Partei insgesamt.

Zahlreiche Kongresse und Zukunftsforen mußten bekanntgemacht, vorbereitet und betreut werden. Dazu zählten zahlreiche bundesweite Informationsveranstaltungen zum „Euro“, aber zum Beispiel auch der Festakt zum 50jährigen Jubiläum des Ahlener Programms und Veranstaltungen der Vereinigungen und der Bundesfachausschüsse einschließlich der Organisation von Pressekonferenzen mit den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse. Insgesamt wurden seit dem letzten Parteitag 82 Pressekonferenzen veranstaltet und 166 Pressemitteilungen abgesetzt.

Neben der Information der Mitglieder der Bundespressekonferenz und der Landespressekonferenzen sowie der Zentralredaktionen hat die Pressestelle im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Bemühungen verstärkt, für spezielle Sachthemen auch die Fachpresse anzusprechen, deren Bedeutung auf dem Medienmarkt ständig zunimmt. Entsprechende zusätzliche Aktivitäten für das Wahljahr 1998 werden zur Zeit vorbereitet. Ständige Hintergrundgespräche und Redaktionsbesuche begleiten die politisch publizistische Tagesarbeit.

Die tägliche Presseschau der CDU-Bundesgeschäftsstelle wurde im Berichtszeitraum behutsam weiterentwickelt. Die Presseschau soll noch stärker nach den Regeln der Aktualität produziert werden und noch mehr das Parteileben widerspiegeln. Die Inhaltsangabe am Anfang soll die Presseschau überschaubarer machen. Außerdem sind wieder einige Sonderpresseschauen, zum Beispiel zum 8. CDU-Parteitag in Hannover, zur Asienreise von Bundeskanzler Helmut Kohl oder auch zu unseren Zukunftsforen erschienen. Zusätzliche „Arbeitsmaterialien“, die ebenfalls täglich produziert werden, dienen der politischen Hintergrundinformation.

Großer Beliebtheit erfreut sich inzwischen auch die „Stallwachenparty“, die im Sommer zum vierten Mal im Innenhof des Konrad-Adenauer-Hauses veranstaltet wurde. Rund 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die während der Ferien in Bonn Dienst tun mußten, trafen sich zu einem zwanglosen Grill- und Klönabend.

### 6.2 „Union in Deutschland“ (UiD)

Der Informationsdienst der CDU „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint wöchentlich (mindestens 40 Ausgaben im Jahr). Der UiD enthält Informationen zu aktuellen politischen Ereignissen und Argumentationshilfen zu wichtigen Sachfragen. Er informiert über die jeweilige Beschlußlage der Partei, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU-geführten Bundesre-

gierung, aber auch über die europapolitischen Aktivitäten der EVP und der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Regelmäßig weist der UiD auch auf Veranstaltungen und Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung hin.

Der UiD enthält in fast jeder Ausgabe einen grünen Teil (Dokumentation), in dem ein aktuelles Thema ausführlich behandelt wird bzw. der Parteitagsbeschlüsse, Regierungserklärungen, Koalitionsvereinbarungen und Wahlergebnisse dokumentiert.

Der UiD stellt außerdem die aktuellen Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle vor und gibt Ratschläge und Tips für die Öffentlichkeitsarbeit der Parteigliederungen. Mehrmals im Jahr erscheint als rosa Teil das Gesamtangebot aller Informations- und Werbematerialien.

Für die Landesverbände gibt es die Möglichkeit einer regionalen Beilage (gelber Teil), von der im Berichtszeitraum die Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Gebrauch gemacht haben.

### **6.3 Union-Magazin**

Das Union-Magazin ist im Berichtszeitraum dreimal erschienen. Das nächste Heft erscheint unmittelbar nach dem 9. Parteitag in Leipzig und wird sich schwerpunktmäßig mit den Ereignissen und Beschlüssen dieses Parteitages beschäftigen.

Alle Ausgaben hatten die dringend notwendigen Reformen für Deutschland zum Hauptthema. Steuer-, Renten- und Gesundheitsreform wurden immer wieder in Interviews, Berichten und Meinungsbeiträgen publizistisch unterstützt.

Die Verbesserung des Layouts und die Modernisierung des Designs werden von Redaktion und Redaktionsbeirat weiter vorangetrieben, damit auch das äußere Bild noch attraktiver wird.

### **6.4 KomSys**

Nach wie vor ist KomSys ein wichtiges Kommunikationssystem für die tägliche politische Arbeit in den Landes- und Kreisverbänden. Mittlerweile sind 70 % der 343 Kreisgeschäftsstellen und 18 Landesverbände an KomSys angeschlossen. Insbesondere für den kommenden Wahlkampf hat KomSys eine strategisch wichtige Bedeutung: Denn über KomSys werden die Verbände von der Bundesgeschäftsstelle schnell und aktuell mit Informationen versorgt werden können. Eine 100%ige Anschlußdichte, wie sie in Brandenburg, Hessen, Oldenburg und Thüringen existiert, ist darum bundesweit anzustreben.

KomSys wird auf die Bildschirmseiten-Beschreibungssprache HTML umgestellt. Damit können die Ladezeiten verkürzt und die Vorteile der Internettechnik genutzt werden. Außerdem werden damit die Texte der Datenbank Politik auch im CDU-Internet-Angebot einsetzbar.

## 6.5 Die CDU im Internet

Im letzten Jahr ist das Internet-Angebot der CDU kontinuierlich ausgebaut worden. Im Februar 1997 wurde das Layout komplett umgestellt und den Bedürfnissen der Nutzer angepaßt. Somit konnten beispielsweise die Ladezeiten erheblich verringert werden. Die Homepage bietet heute einen breiten Raum für (tages-) aktuelle Informationen und beinhaltet die Buttons zu allen weiteren Kapiteln.

Die Zahl der Seitenabrufe hat sich von September 1996 bis August 1997 mehr als verdoppelt. Sie erreichte im August 1997 die Jahressumme von knapp vier Millionen Abrufen. Das Angebot der CDU umfaßt derzeit insgesamt rund tausend Informationsseiten. Im August 1997 wurden über eine halbe Million Abrufe gezählt. Die Besuche auf der Startseite sind ebenfalls kontinuierlich gestiegen: Im letzten Jahr waren es rund 150.000; allein im August 1997 wurden 15.687 Abrufe registriert.

Zum Herzstück des Internet-Angebotes hat sich das Diskussionsforum entwickelt. Hier sind die Zugriffe innerhalb des letzten Jahres um mehr als das sechsfache gestiegen. Hier finden regelmäßig Diskussionsrunden zu verschiedenen Themen statt z. B. „Zukunft beginnt heute – Politik für junge Menschen“, „Steuer- und Rentenreform“ und „EURO – Die Währung für eine sichere Zukunft“. Live diskutierten u. a. Hermann-Josef Arentz, Dr. Norbert Blüm, Elmar Brok, Peter Hintze, Manfred Kanther, Dr. Norbert Lammert, Dr. Angela Merkel, Friedrich Merz, Claudia Nolte, Prof. Dr. Pöttering, Hans-Peter Replik, Herbert Reul, Dr. Jürgen Rüttgers, Andreas Storm, Gunnar Uldall.

Nicht nur die Besucherinnen und Besucher des Internet-Angebotes der CDU bestätigen den Erfolg des Programms, auch die Presse berichtet positiv darüber, so die Internet Fachzeitschrift „internetworld“ in ihrer September-Ausgabe: „Die CDU steht . . . im Netz ganz vorne da.“

Mit Blick auf den Bundestagswahlkampf wird die Bundesgeschäftsstelle die technischen Möglichkeiten für die parteiinterne und die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit noch intensiver nutzen.

## 6.6 Zentrale Mitgliederdatei (ZMD)

Ende September dieses Jahres hat die Installation der neuen Zentralen Mitgliederdatei (ZMD) auf Bundes-, Landes- und Kreisverbandsebene durch die Union-Betriebs GmbH (UBG) begonnen. Bei der gesamten Planung stand die enge Zusammenarbeit mit den verschiedenen Parteilieferungen an erster Stelle. Im Frühjahr 1997 wurde die ZMD von der Abteilung Parteiorganisation in Zusammenarbeit mit der UBG auf 18 Anwenderkonferenzen in den CDU-Landesverbänden vorgestellt. Dabei wurden die organisatorischen Abläufe, technischen Voraussetzungen, Anwendungsmöglichkeiten sowie weitere Dienstleistungsmerkmale des neuen Programms

besprochen. Der positive Verlauf dieser Konferenzen mit über 500 Teilnehmern – 90 Prozent aller Kreisgeschäftsführer bzw. Kreisgeschäftsführerinnen – schaffte eine aufgeschlossene Grundeinstellung zur vorgesehenen Umstellung des Programms.

Die Parteigliederungen haben inzwischen einen Zeitplan zur Umstellung der alten Zentralen Mitgliederkartei auf die neue Zentrale Mitgliederdatei erhalten. Die UBG will die Installation bis Ende Juni 1998 in allen Landesverbänden abschließen. Parallel zur Installation laufen entsprechende Schulungen.

In einigen Landes- und Kreisverbänden müssen die Computer technisch aufgerüstet bzw. neue angeschafft werden. Dies betrifft überwiegend die Landes- und Kreisverbände in den neuen Ländern, da die dort eingesetzten Computer oft lediglich dem Standard der frühen neunziger Jahre entsprechen.

Mit der neuen ZMD wird vor allem erreicht:

- jedes Mitglied wird mit einer zentralen Mitgliedsnummer, die auch bei Ummeldungen bestehen bleibt, nur einmal erfasst,
- der Datenaustausch zwischen den Gliederungen wird entscheidend verbessert,
- jede Ebene bearbeitet eigenständig ihre Funktions- und Mandatsträgerschlüssel.

## **7. Sonstige Dienstleistungen**

### **7.1 Schulungen**

Im März 1997 wurde erneut ein Praktikum für neu eingestellte Kreisgeschäftsführer angeboten, das eine Woche dauerte und an dem sechs Personen teilnahmen. Ziel des Praktikums ist es, die Arbeitsweise der CDU-Bundesgeschäftsstelle, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Konrad-Adenauer-Stiftung kennenzulernen.

Erstmals wurde in diesem Jahr ein Seminar für die neuen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus Landes- und Kreisverbänden durchgeführt. Die 16 Teilnehmer und Teilnehmerinnen besuchten das Konrad-Adenauer-Haus, die Union-Betriebs GmbH und das Bundeshaus. Ein eintägiger Vortrag war den Themen Zeitmanagement und Arbeitsmethodik, Vorbereitung von politischen Veranstaltungen und protokollarischen Fragen gewidmet.

Da die im letzten Jahr erstmalig angebotenen Aufbauseminare eine gute Resonanz gefunden hatten, wurden sie auch in diesem Jahr wieder angeboten. An dem Aufbauseminar für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den Landes- und Kreisverbänden im Mai nahmen 19 Personen teil. Das parteiinterne Kommunikationsnetz „KomSys“ sowie „Internet“ wurden vorgestellt. Ein ganzer Tag war der Formulierung politischer Korrespondenz gewidmet. An weiteren zwei Tagen wurden Argumentationstechniken erprobt.

Im Juni besuchten 20 Kreisgeschäftsführer und Kreisgeschäftsführerinnen das Aufbauseminar, in dem in erster Linie die Themen „neue Medien“ und Mitgliedergewinnung behandelt wurden. Ein weiterer Schwerpunkt war der Umgang mit innerbetrieblichen Konflikten. Aber auch politische Themen standen bei diesem Seminar auf der Tagesordnung.

### **7.2 Referentenvermittlung**

Im Berichtszeitraum gingen 26 schriftliche Anfragen nach Referenten ein. Es wurden jeweils Adressen von Ansprechpartnern zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden 14 Politiker der Union zu größeren Veranstaltungen vermittelt.

### **7.3 Besucherdienst**

Im Berichtszeitraum haben 168 größere Gruppen mit 10.216 Teilnehmern die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Konrad-Adenauer-Haus besucht. Außerdem wurden „Kleingruppen“ mit dem Haus und den Aufgaben der CDU bekannt gemacht, so daß insgesamt 11.386 Personen durch den Besucherdienst betreut wurden.

Im Rahmen des Besucherdienstes werden zusätzlich zu den Informationen über die Arbeit der Parteizentrale auch politische Diskussionen mit Mitarbeitern der Hauptabteilungen Politik und Öffentlichkeitsarbeit sowie Vorträge zu speziellen Themen der Parteiarbeit arrangiert.

## 8. Mitgliederentwicklung und Organisationsstruktur der CDU

Am 31. August 1997 hatte die CDU Deutschlands 636.285 Mitglieder.

### 8.1 Die regionale Mitgliederentwicklung

Landesverband	Mitgliederstand 31. 12. 1995	Mitgliederstand 31. 12. 1996	Mitgliederstand 31. 8. 1997
Baden-Württemberg	85.776	84.378	83.603
Berlin	14.591	14.268	14.309
Brandenburg	8.678	7.927	7.974
Bremen	3.614	3.663	3.593
Hamburg	11.364	11.341	10.838
Hessen	58.373	58.081	57.491
Mecklenburg- Vorpommern	9.653	9.150	8.729
Braunschweig	8.484	8.703	8.563
Hannover	63.769	65.426	64.477
Oldenburg	15.713	16.333	15.979
Nordrhein-Westfalen	205.766	201.447	198.871
Rheinland-Pfalz	63.088	61.547	60.488
Saarland	22.608	22.361	22.071
Sachsen	21.043	19.205	18.516
Sachsen-Anhalt	14.250	12.567	12.130
Schleswig-Holstein	32.693	32.315	32.246
Thüringen	18.180	17.074	16.342

### 8.2 Rangfolge der 20 erfolgreichsten Kreisverbände bei der Mitgliederentwicklung im 1. Halbjahr 1997

Platz	Kreisverband (Landesverband)	Stand 31. 12. 1996	Stand 30. 6. 1997	Mitglieder- entwicklung
1	Cottbus (IV Brandenburg)	326	431	(+ 105) + 32,21 %
2	Potsdam (IV Brandenburg)	202	228	(+ 26) +12,87 %
3	Brandenburg an der Havel (IV Brandenburg)	78	88	(+ 10) +12,82 %
4	Berlin-Reinickendorf (IV Berlin)	1.215	1.368	(+ 153) +12,59 %
5	Chemnitz-Stadt (IV Sachsen)	372	417	(+ 45) +12,10 %

Platz	Kreisverband (Landesverband)	Stand 31. 12. 1996	Stand 30. 6. 1997	Mitglieder- entwicklung	
6	Berlin-Köpenick (IV Berlin)	173	189	(+ 16)	+ 9,25 %
7	Berlin-Marzahn (IV Berlin)	135	145	(+ 10)	+ 7,41 %
8	Berlin-Lichtenberg (IV Berlin)	179	192	(+ 13)	+ 7,26 %
9	Berlin-Pankow (IV Braunschweig)	154	165	(+ 11)	+ 7,14 %
10	Plauen-Stadt (IV Sachsen)	160	171	(+ 11)	+ 6,88 %
11	Osterode/Harz (IV Hannover)	820	875	(+ 55)	+ 6,71 %
12	Frankfurt/Oder (IV Brandenburg)	145	154	(+ 9)	+ 6,21 %
13	Berlin-Hellersdorf (IV Berlin)	118	125	(+ 7)	+ 5,93 %
14	Berlin-Treptow (IV Berlin)	201	212	(+ 11)	+ 5,47 %
15	Stralsund (IV Mecklenburg- Vorpommern)	123	129	(+ 6)	+ 4,88 %
16	Barnim (IV Brandenburg)	327	339	(+ 12)	+ 3,67 %
17	Mecklenburg-Strelitz (IV Mecklenburg- Vorpommern)	381	394	(+ 13)	+ 3,41 %
18	Havelland (IV Brandenburg)	417	431	(+ 14)	+ 3,36 %
19	Leipzig-Stadt (IV Sachsen)	648	669	(+ 21)	+ 3,24 %
20	Oberhausen (IV Nordrhein- Westfalen)	998	1.029	(+ 31)	+ 3,11 %

### 8.3 Dauer der Mitgliedschaft

(Stand 31. August 1997)

unter 10 Jahre	27,6 %
10 – 20 Jahre	27,4 %
über 20 Jahre	44,9 %
Ohne Angaben	0,1 %

### 8.4 Struktur der Mitgliedschaft

#### 8.4.1 Geschlecht

In der CDU Deutschlands sind 24,9 Prozent der Mitglieder (158.346) weiblich und 75,1 Prozent (477.939) männlich. In den alten Ländern liegt der Frauenanteil bei 24,0 und in den neuen Ländern bei 33,0 Prozent.



### 8.4.2 Alter

Alter	gesamt	alte Länder	neue Länder
16 – 24 Jahre	1,8 %	1,8 %	1,2 %
25 – 29 Jahre	2,9 %	2,9 %	2,8 %
30 – 39 Jahre	11,0 %	10,5 %	15,8 %
40 – 49 Jahre	18,9 %	18,0 %	26,8 %
50 – 59 Jahre	27,0 %	27,2 %	24,7 %
60 – 69 Jahre	21,5 %	22,2 %	15,3 %
70 – . . Jahre	16,6 %	17,0 %	13,1 %
ohne Angaben	0,4 %	0,4 %	0,4 %

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 54,1 Jahre. Das Durchschnittsalter der weiblichen Mitglieder liegt bei 55,3 und das der männlichen bei 53,8 Jahren.

### 8.4.3 Beruf

Berufsgruppe	gesamt	alte Länder	neue Länder
Selbständige	21,7 %	22,7 %	12,9 %
Arbeiter	9,5 %	7,9 %	23,1 %
Angestellte	28,7 %	28,1 %	33,9 %
Beamte	11,4 %	12,4 %	3,0 %
Rentner/Pensionäre	6,4 %	5,5 %	15,1 %
Hausfrauen/-männer	9,9 %	10,7 %	2,8 %
in Ausbildung	4,3 %	4,5 %	1,9 %
Arbeitslose	0,6 %	0,5 %	2,3 %
Helfer im Familienbetrieb	0,7 %	0,6 %	0,9 %
ohne Angaben	6,8 %	7,1 %	3,9 %

### 8.5 Gliederungen

Die CDU Deutschlands gliedert sich in 17 Landesverbände, 27 Bezirksverbände, 371 Kreisverbände und 12.162 Ortsverbände.

## 9. Politischer Arbeitskalender

- 21./22. Oktober 1996 8. Parteitag der CDU Deutschlands in Hannover
30. Oktober 1996 Pressekonferenz von Generalsekretär Peter Hintze zur Vorstellung der EURO-Kampagne
31. Oktober 1996 Sitzung des Redaktions-Beirates des Union-Magazins
4. November 1996 Präsidium und Bundesvorstand: Verabschiedung der Jahresplanung 1997
4. November 1996 EURO-Informationsveranstaltung in Koblenz
7. November 1996 Sitzungen des Präsidiums und der Präsidiums-Kommission zur Reform der Rentenversicherung
7. November 1996 EURO-Informationsveranstaltung in Bergisch-Gladbach
11. November 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik
13. November 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Strukturpolitik
18. November 1996 Gespräch der CDU-Landesvorsitzenden, CDU-Ministerpräsidenten und CDU-Fraktionsvorsitzenden in den neuen Bundesländern mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, in Bonn
18. November 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur
25. November 1996 Bundesvorstand in Bonn
25. November 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik in Bonn
27. November 1996 Sitzung der Baukommission
27. November 1996 Sitzung der Präsidiums-Kommission zur Reform der Rentenversicherung
27. November 1996 EURO-Informationsveranstaltung in Berlin
29. November 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik
29. November 1996 Sitzung des Bundesarbeitskreises  
Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)
2. Dezember 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Sport
2. Dezember 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik
2. Dezember 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Medienpolitik
3. Dezember 1996 Gespräch des Bundesfachausschusses Medienpolitik mit Vertretern der katholischen Kirche zu Diffamierungen von Glaubensüberzeugungen in einigen Medien
4. Dezember 1996 Sitzung der Präsidiums-Kommission zur Reform der Rentenversicherung
4. Dezember 1996 Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
5. Dezember 1996 Der Bundesfachausschuß Agrarpolitik legt Vorstellungen zur künftigen Milchmarktpolitik vor.
9. Dezember 1996 EURO-Informationsveranstaltung in Frankfurt/Main
9. Dezember 1996 Pressekonferenz zum Beschluß „Verwirklichung der Menschenrechte – Voraussetzung für Entwicklung“ des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik mit der Bundesfachausschußvorsitzenden Anne-Karin Glase MdEP

- sowie Prof. Dr. Winfried Pinger MdB, Armin Laschet MdB und Andreas Krautscheid MdB
10. Dezember 1996 EURO-Informationsveranstaltung in Bad Godesberg
12. Dezember 1996 Sitzung des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik
18. Dezember 1996 Sitzung des Redaktions-Beirates des Union-Magazins
27. Dezember 1996 In einem Rundschreiben an die Vorsitzenden der Parteigliederungen erläutert Generalsekretär Peter Hintze die Schwerpunkte der politischen Arbeit im Jahr 1997.
10. Januar 1997 Präsidium in Windhagen
- 10./11. Januar 1997 Klausur-Sitzung des Bundesvorstandes in Windhagen
13. Januar 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Energiepolitik
20. Januar 1997 Präsidium in Bonn
20. Januar 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik
20. Januar 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik
23. Januar 1997 Bundesvorstand in Bonn
23. Januar 1997 Zukunftsforum Großstadt „Eine Stadt für die Menschen“, Frankfurt
29. Januar 1997 Sitzung der Präsidiums-Kommission zur Reform der Rentenversicherung
30. Januar 1997 Präsidium in Bonn
1. Februar 1997 Gemeinsame Sitzung der Rentenkommissionen von CDU und CSU in Frankfurt/M.
- 2./3. Februar 1997 Klausursitzung der Präsidiums-Kommission zur Reform der Rentenversicherung, Windhagen
3. Februar 1997 „Freiheit in sozialer Verantwortung – 50 Jahre Ahlener Programm“, Festveranstaltung in Ahlen
4. Februar 1997 Gedenkakt in Gmund/Tegernsee aus Anlaß des 100. Geburtstages von Ludwig Erhard
5. Februar 1997 Bundesvorstand in Bonn
13. Februar 1997 Experten-Gespräch des Bundesfachausschusses Medienpolitik über die neuen Maßnahmen zur Sicherung der Meinungsvielfalt bei den privaten Programmanbietern
15. Februar 1997 Anhörung des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik zur „Zukunft des Kurwesens“, Bonn
18. Februar 1997 Gespräch des Bundesfachausschusses Medienpolitik zur Zukunft des Ereignis- und Dokumentationskanals „Phönix“
24. Februar 1997 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
25. Februar 1997 Sitzung des Bundesarbeitskreises Polizei
26. Februar 1997 Sitzung des Redaktions-Beirates des Union-Magazins

27. Februar 1997 Leitungsklausur der Bundesgeschäftsstelle in Maria Laach: Erarbeitung von Grundsätzen über Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Verlegung der Bundesgeschäftsstelle nach Berlin
28. Februar 1997 Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik beschließt eine Vorlage „Neue Wege für Deutschlands Heilbäder und Kurorte“.
4. März 1997 Sitzung des Redaktions-Beirates des Union-Magazins
5. März 1997 Gespräch der CDU-Landesvorsitzenden, CDU-Ministerpräsidenten und CDU-Fraktionsvorsitzenden in den neuen Bundesländern mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl
6. März 1997 Sitzung der Baukommission beim Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl
6. März 1997 Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
7. März 1997 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
10. März 1997 Der Bundesfachausschuß Außen- und Sicherheitspolitik beschließt die beiden Vorlagen: „Sicherheitspolitische Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“ und „Die Trennung überwinden – Leitlinien einer Mittelmeerpolitik“.
10. März 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Medienpolitik
12. März 1997 Gespräch des Bundesfachausschusses Medienpolitik mit Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
12. März 1997 Experten-Gespräch des Bundesfachausschusses Medienpolitik zu Fragen der Exklusivrechte bei Sportübertragungen
14. März 1997 Bundesvorstand in Bonn: Verabschiedung eines Antrages zur Reform der Rentenversicherung an den Bundesausschuß
15. März 1997 EURO-Informationsveranstaltung in Neubrandenburg
17. März 1997 Der Bundesfachausschuß Europapolitik beschließt eine Vorlage „40 Jahre Römische Verträge – ein Erfolg für unser Land“.
17. März 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik
17. März 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur
18. März 1997 Gemeinsame Sitzung der Präsidien von CDU und CSU in Bonn
19. März 1997 Präsidium in Bonn
19. März 1997 Der Bundesausschuß verabschiedet auf seiner Sitzung in Bonn ein Konzept zur Reform der Rentenversicherung.
20. März 1997 Sitzung der Baukommission
24. März 1997 Gemeinsame Anhörung der Bundesfachausschüsse Umweltpolitik und Entwicklungspolitik zum Thema „5 Jahre nach Rio – Umwelt und Entwicklung – Bilanz und Perspektiven“ mit Bundesministerin Dr. Angela Merkel MdB und Bundesminister Carl-Dieter Spranger MdB; anschließend Pressekonferenz

- renz mit Bundesminister Carl-Dieter Spranger MdB, Anne Karin Glase MdEP, Kurt-Dieter Grill MdB, Armin Laschet MdB und Dr. Klaus W. Lippold MdB
4. April 1997 Pressegespräch zum Beschluß „Perspektiven der Europäischen Entwicklungspolitik“ des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik mit Armin Laschet MdB und Dr. Peter Liese MdEP
7. April 1997 Präsidium in Bonn
8. April 1997 EURO-Informationsveranstaltung in Saarbrücken
9. April 1997 Sitzung der Baukommission beim Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl
10. April 1997 Konferenz der Vereinigungsgeschäftsführer über die Verlegung von Geschäftsstellen nach Berlin
10. April 1997 Eröffnung des Internet-Diskussionsforums „Rentenreform“ durch Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm (17. April: Hermann-Josef Arentz MdL; 24. April: Andreas Storm MdB)
- 11./12. April 1997 Fachtagung des BACDJ zu Fragen der Jugendkriminalität
14. April 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Agrarpolitik
17. April 1997 Gemeinsame Arbeitsgruppensitzung der Bundesfachausschüsse Entwicklungspolitik und Umweltpolitik
17. April 1997 Sitzung des Redaktions-Beirates des Union-Magazins
19. April 1997 Gedenkakt in Rhöndorf anlässlich des 30. Todestages von Konrad Adenauer
21. April 1997 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
21. April 1997 Experten-Gespräch des Bundesfachausschusses Sport zum Thema Schulsport
21. April 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik
22. April 1997 EURO-Informationsveranstaltung in Magdeburg
25. April 1997 Pressekonferenz von Generalsekretär Peter Hintze zum bundesweiten Aktionstag der CDU
26. April 1997 Bundesweiter Aktionstag der CDU-Verbände zu den Reformvorhaben der Bundesregierung
26. April 1997 EURO-Informationsveranstaltung in Bremen
6. Mai 1997 Sitzung des Redaktions-Beirates des Union-Magazins
7. Mai 1997 Erster Sportgipfel der CDU in Frankfurt/Main
12. Mai 1997 Präsidium in Bonn
12. Mai 1997 Gemeinsame Sitzung der Präsidien von CDU und CSU in Bonn
12. Mai 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik
12. Mai 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Strukturpolitik

15. Mai 1997 In einem Rundschreiben an die Vorsitzenden der Parteigliederungen fordert Generalsekretär Peter Hintze dazu auf, eigene Beiträge zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Deutschland zu leisten.
15. Mai 1997 Gemeinsame Arbeitsgruppensitzung der Bundesfachausschüsse Umweltpolitik und Entwicklungspolitik
20. Mai 1997 EURO-Informationsveranstaltung in Hannover
21. Mai 1997 Konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des 9. Parteitages unter Leitung des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl
24. Mai 1997 EURO-Informationsveranstaltung in Potsdam
26. Mai 1997 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
26. Mai 1997 Gespräch der CDU-Landesvorsitzenden, CDU-Ministerpräsidenten und CDU-Fraktionsvorsitzenden in den neuen Bundesländern mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl
26. Mai 1997 Der Bundesfachausschuß Europapolitik beschließt „Leitlinien europäischer Sozialpolitik“.
30. Mai 1997 Pressekonferenz des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur zur Vorstellung des Beschlusses „Leistung – Differenzierung – Wettbewerb. Leitgedanken für eine zukunftsfähige Hochschule“
30. Mai 1997 EURO-Informationsveranstaltung in Leipzig
2. Juni 1997 Gespräch des Präsidiums mit dem Rat der EKD
2. Juni 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik
3. Juni 1997 Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des 9. Parteitages
5. Juni 1997 Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
5. Juni 1997 EURO-Informationsveranstaltung in Weimar
9. Juni 1997 Präsidium in Bonn
9. Juni 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Energiepolitik
10. Juni 1997 EURO-Informationsveranstaltung in Hamburg
11. Juni 1997 Pressegespräch mit Armin Laschet MdB und Kurt-Dieter Grill MdB zum gemeinsamen Beschluß der Bundesfachausschüsse Umweltpolitik und Entwicklungspolitik „Umwelt und globale Verantwortung – Herausforderung für das nächste Jahrzehnt“
13. Juni 1997 Funktionsträger-Konferenz in Magdeburg
13. Juni 1997 Sitzung des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Bonn
16. Juni 1997 Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des 9. Parteitages
17. Juni 1997 Der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik verabschiedet „Thesen zur Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag einer Welt-Zukunftspolitik“ und

- eine weitere Vorlage „Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika“.
17. Juni 1997 EURO-Informationsveranstaltung in Heidelberg
20. Juni 1997 Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik faßt eine EntschlieÙung zur Rentenreform '99.
23. Juni 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Strukturpolitik
24. Juni 1997 Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des 9. Parteitages
24. Juni 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik
27. Juni 1997 Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) verabschiedet ein Thesenpapier „Recht und Sicherheit der Bürger in Europa“.
30. Juni 1997 Präsidium und Bundesvorstand in Berlin: Entscheidung über Standort, Architektur, Generalunternehmenschaft und Finanzierung der Bundesgeschäftsstelle Berlin
30. Juni 1997 Gedankenaustausch des Präsidiums mit Bundespräsident Prof. Roman Herzog; Schloß Bellevue, Berlin
30. Juni 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Sport: Gespräch mit dem Vorstand des Deutschen Behindertensportverbandes
1. Juli 1997 Sitzung des Redaktions-Beirates des Union-Magazins
2. Juli 1997 Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze und Vertretern des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, der Frauen-Union, der Jungen Union und der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU zur Aktion „Klimaschutz – Mach mit!“
7. Juli 1997 Der Bundesfachausschuß Europapolitik beschließt in Abstimmung mit dem Bundesfachausschuß Sozialpolitik „Leitlinien europäischer Sozialpolitik“.
7. Juli 1997 Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des 9. Parteitages
1. August 1997 Vorstellung des Beschlusses des Bundesfachausschusses Innenpolitik „Suchtfrei leben – Leitlinien für eine Anti-Drogen-Politik der Zukunft“
6. August 1997 Pressegespräch mit Friedrich Merz MdB (Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Energiepolitik) zum Thema „Fortschritte europäischer Stabilitätskultur seit Maastricht“
8. August 1997 Pressekonferenz des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) zum Amsterdamer Vertragsentwurf
13. August 1997 Pressegespräch des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur zum Thema „Schulbeginn: Start für Zukunftsausbildung oder Weg in Sackgasse? – Mehr Qualität statt Ideologie an unseren Schulen“
19. August 1997 Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des 9. Parteitages
21. August 1997 Pressekonferenz mit Armin Laschet MdB zum Beschluß des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik „Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zu einer Weltzukunftspolitik“

22. August 1997 In einer Pressekonferenz stellt der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Minister a. D. Herbert Helmutrich MdL, einen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität vor.
23. August 1997 EURO-Informationsveranstaltung in Büsum
26. August 1997 Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des 9. Parteitages unter Leitung des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl
27. August 1997 Präsidium in Bonn
27. August 1997 Pressegespräch der stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik, Dr. Maria Böhmer MdB, zum Thema: „Neue Beschäftigung erschließen – Service für Haushalt und Familie“
28. August 1997 Amtseinführung von Bundesgeschäftsführer Christian Dürig
29. August 1997 Abendveranstaltung des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) in Berlin mit Innensenator Jörg Schönbohm zur Verfassungsmäßigkeit der PDS
30. August 1997 Sitzung des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) in Berlin
1. September 1997 Gespräch der CDU-Landesvorsitzenden, CDU-Ministerpräsidenten und CDU-Fraktionsvorsitzenden in den neuen Bundesländern mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl
1. September 1997 Zukunftsforum Innere Sicherheit „Tatort Großstadt – Handeln für mehr Sicherheit“, Hamburg
1. September 1997 Veröffentlichung eines Leitfadens des Bundesfachausschusses Innenpolitik „Verbrechensvorbeugung vor Ort – Ein Leitfaden für die kommunalpolitische Arbeit“
2. September 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik in Bonn
2. September 1997 1. Filmforum der CDU Deutschlands „And the winner is . . . Der deutsche Film auf Erfolgskurs?“, Berlin
3. September 1997 Sitzung des Bundesarbeitskreises Polizei
4. September 1997 Gemeinsame Sitzung der Präsidien von CDU und CSU in Kloster Andechs: Verabschiedung der „Andechser Erklärung“
5. September 1997 Bundesvorstand in Bonn: Verabschiedung der Leitanträge an den 9. Parteitag
8. September 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Energiepolitik
8. September 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik
8. September 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Medienpolitik
9. September 1997 Pressegespräch mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Elmar Brok MdEP, und dem stellvertretenden Vorsit-



- zenden Dr. Friedbert Pflüger MdB zum Beschluß „Sicherheitspolitische Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“
10. September 1997 Sitzung des Redaktions-Beirates des Union-Magazins
11. September 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik
11. September 1997 Der Bundesfachausschuß Medienpolitik führt eine Anhörung zur „Rolle der elektronischen Medien in der auswärtigen Kulturpolitik“ durch.
15. September 1997 Der Bundesfachausschuß Agrarpolitik legt einen Beschluß mit dem Titel „Wettbewerbsfähigkeit stärken – Wettbewerbsverzerrungen abbauen“ vor.
19. September 1997 Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik verabschiedet eine Stellungnahme zum gemeinsamen Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“.
22. September 1997 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
23. September 1997 Erste Sitzung der Antragskommission des 9. Parteitages in Bonn
25. September 1997 Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
26. September 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur
29. September 1997 Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik
6. Oktober 1997 Präsidium in Bonn
12. Oktober 1997 Präsidium und Bundesvorstand in Leipzig, Vorbereitung des 9. Parteitages
- 13.–15. Oktober 1997 9. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig



